

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Verlagsstelle: Leipzig
Zeiger Straße 30, IV., Aufgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgepaßene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56385 Kassierer: L. Geiß, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 5. Dezember 1931

35. Jahrgang

Nummer 49

Die Etappe, Herr Brüning!

Einem nochmaligen Zusammenbruch entgegen?

Von Alexander Knoll

Der militärische und politische Zusammenbruch 1918 hätte, objektiv betrachtet, nicht zu kommen brauchen und wäre auch sicher nicht gekommen, wenn sich die für die Führung Verantwortlichen nicht dem unheilvollen Wahn hingegeben hätten, daß die Widerstandsfähigkeit und Kraft des deutschen Volkes geradezu unerschöpflich seien. Aber man sah nicht und wollte nicht sehen, daß man den Bogen längst überspannt hatte, Heer und Volk längst am Ende ihrer seelischen und physischen Kräfte angelangt und zermürbt waren, während die andere Seite immer neue und frische Kräfte ins Feld zu führen in der Lage war.

Die verantwortliche Führung, die naturgemäß nicht überall selbst sein konnte, hörte nicht auf die Warnungen jener, die tiefer zu blicken vermochten, sondern verließ sich zu sehr auf die Berichte — aus der „Etappe“, wozu wir in diesem Zusammenhange nicht nur die Militärs rechnen, sondern die weit in gewisse zivile Kreise hineinreichte. Diese Etappe hatte es verstanden, ihre Berichte und Ratschläge so zu färben, wie man sie an bestimmter Stelle wünschte. Sahen doch die, die diese Berichte gaben, mit wenigen Ausnahmen an wohlgeborgener Stelle und führten nicht nur ein sorgenfreies sondern vielfach sogar ein recht vergnügtes Leben. Der „zivile“ Teil der Etappe häufte dazu Reichtümer auf Reichtümer. Die Kämpfer an der Front verkamen in Dreck und Todesnot, während alles, was sie an materiellen Werten zu Hause gelassen hatten, vom Kriege aufgezehrt wurde und — in die großen Taschen der Kriegsgewinnler, lies Etappe, wanderte. Wenn jemals ein „Dolchstoß“ in den Rücken des kämpfenden Heeres geführt worden ist, dann hat diese Etappe ihn auf dem Gewissen.

Gegenwärtig steht Deutschland wiederum in einem ungemein schweren Kampfe. Es geht diesmal um seine wirtschaftliche Behauptung und damit zum zweiten Male in diesem unheilträchtigen Jahrhundert um das Schicksal des deutschen Volkes. Und wieder ist es so, daß in diesem Kampfe um Leben sich das selbe Trauerspiel wie 1918 wiederholt. Wiederum ist es diese „Etappe“, die mit ihren unheilvollen Ratschlägen die Führung, d. i. die deutsche Reichsregierung, beherrscht und auf einen zweiten Zusammenbruch drauflos steuert. Zum Teil sind es sogar dieselben Personen, die auch jetzt, ohne selbst die Verantwortung zu tragen, die Führung maßgeblich beeinflussen! Auch jetzt wieder ganz offenbar die verderbliche Auffassung in der verantwortlichen Führung, daß man der übergroßen Mehrheit des deutschen Volkes, den Arbeitern, Angeestellten und unteren Beamten, alles zumuten kann; daß ihre Geduld und Opferfähigkeit unerschöpflich sind, man ihnen an Entbehrungen und Enttugung einfach alles aufbürden kann, was die Herren der „Etappe“, die sogenannten „Wirtschaftsführer“, für zweckmäßig halten.

Es wiederholt sich hier ganz offensichtlich die Tragödie von 1918! Die Etappe bestimmt, was das „gemeine Volk“ an Lasten zu tragen hat — sie selber, die Herren, die nur zu kommandieren gewöhnt sind, denken gar nicht daran, daß auch eine andere Verteilung der Opfer, soweit solche notwendig sind, stattfinden könnte, eine Verteilung, die mehr der Gerechtigkeit entspräche. Es wird hoffentlich nicht so schnell vergessen werden, wie diese Herrschaften empört aufgemutet haben, als ihnen von der Reichsregierung höflich und zaghaft zugemutet wurde, doch auch von den Mammutsgebältern der Herren Generaldirektoren, Syndici, Aufsichtsräte e tutti quanti einige tausend Mark abzubauen. Das sei geradezu Bolschewismus! meinten die Herren.

Das sind die Herren der heutigen Etappe, die noch tagtäglich nach immer weiterem Lohnabbau — für die Arbeiter, Angestellten und Beamten schreien,

obwohl längst ein unerhörter Abbau vollzogen worden ist. Das sind aber auch dieselben Herren, die bis heute auf die Führung des Kampfes, die Deutschland um seine wirtschaftliche Existenz zu führen gezwungen ist, den maßgebenden Einfluß ausgeübt haben. Für die Vorstellungen und Warnungen der anderen Seite, die von den Gewerkschaften kamen und noch täglich kommen, hat die Reichsregierung nur Worte gehabt — den Ratschlägen der Etappe hat sie bis heute die entsprechenden Taten noch immer folgen lassen. . . .

Ein einziges Mal nur in einem einzigen Falle hat bisher ein staatlicher Schlichter den Mut gehabt, scharfe und zutreffende Worte gegen den weiteren Lohnabbau öffentlich auszusprechen. Sie erweckten einen Augenblick lang die Hoffnung, als habe sich die Reichsregierung endlich von ihren bisherigen verderblichen Ratgebern freigemacht — vergeblich! Inzwischen sind weitere Lohnsenkungen erfolgt, die alles in Schatten stellen, was bis dahin auf diesem Gebiete geleistet worden ist.

Ist es da zu verwundern, wenn der „Etappe“ der Kampf immer mehr schmilzt? Schon sind Bestrebungen im Gange, nun auch noch die letzte Schranke, die die bereits abgebauten Löhne vor weiterer Zerstörung schützt, zu zerstören: Das Tarifrecht! Die Tarifverträge sollen „elastisch“ gestaltet, d. h. es soll ihnen das genommen werden, was überhaupt ihren Wert und Wesen ausmacht: der Rechtsanspruch auf den Tariflohn! Was dann, wenn auch noch diesen Ansprüchen der Herren Wirtschaftsführer und Berater der Reichsregierung nachgegeben wird — was dann noch den Arbeitern und Angestellten verbleibt, das ist — ein ausgeblutetes Ei! —

Will die Reichsregierung auch hierin noch nachgeben? Will sie nicht endlich einsehen und erkennen, daß sie sich auf einem falschen und furchtbar gefährlichen Wege befindet, auf dem Wege zu einem nochmaligen Zusammenbruch? 1918 waren es Verblendung, Korruption und Gewinnjagd einer kleinen Clique einflußreicher Personen, die zum Zusammenbruch geführt haben. Verblendung, Korruption und Gewinnjagd — das vollendet die Parallele — feiern auch heute wieder Orgien — auf Kosten des

arbeitenden Volkes: die Etappe feiert wiederum fröhliche Feste — das Volk darbt und hungert!

Herr Brüning! Es ist Zeit, höchste Zeit, daß die Reichsregierung in dem schweren Kampfe, den Deutschland gegenwärtig zu bestehen hat, ihre Berater anderen Kreisen als denen der heutigen Etappe entnimmt. Es könnte sonst passieren, daß bei dem unter solchen Umständen geradezu unvermeidlichen zweiten Zusammenbruch mit den Hahardeuren der Wirtschaft nicht so glimpflich verfahren wird, wie 1918 mit den Kriegshahardeuren.

Die Gewerkschaften wünschen einen solchen zweiten Zusammenbruch nicht, weil es dabei um mehr als nur das Schicksal der Schuldigen geht. Das haben sie seit jeher und ganz besonders in der jüngsten Zeit immer wieder durch die Tat bewiesen. Man hat ihre

wohlbegründeten Ratschläge bis heute nicht beachtet. Die Gewerkschaften sind trotzdem davon überzeugt, daß auch Sie, Herr Brüning, einen solchen Zusammenbruch nicht wollen. Die Gewerkschaften wissen sich mit Ihnen, Herr Brüning, eins in der Auffassung, daß aus einem solchen kein wie immer geartetes neues Deutsches Reich mehr hervorgehen kann, wie es 1918 noch ausgerufen werden konnte — nicht einmal das „Dritte Reich“. Aber, Herr Brüning, Sie sind auf dem falschen Wege, wenn Sie sich und die Reichsregierung nicht endlich von dem unheilvollen und verderblichen Einfluß der neuzeitlichen Etappe befreien.

Der Weg zur wirtschaftlichen Gesundung Deutschlands kann nicht mit den Hahardeuren gegangen werden, er muß gegen sie und über sie hinweggeführt werden.

Überall Lüge, Heuchelei und Sinnlosigkeit

Der moderne Arbeiter von heute weiß, daß er vor allem an sich selbst arbeiten und bessern muß, wenn er seine soziale und wirtschaftliche Lage kulturwürdiger gestalten will. Und er weiß, daß er jeden Fortschritt nur mit Hilfe der Gewerkschaftsmacht erreichen kann, daß er ohne die Verbindung mit seinen Berufsgenossen nicht an der Gestaltung der gesellschaftlichen Dinge mitwirken kann. „Organisation ist alles!“ Tagtäglich mußte es wieder allen denen in Wort und Schrift vor Augen gehalten werden, die immer noch nicht einsehen, daß es ihre erste, ihre wichtigste und unaufschiebbare Pflicht ist, sich an die berufliche Gleichgültigkeit anzuschließen. „Einigkeit macht stark.“ Denn gerade gegenwärtig sind die Gefahren, die den Arbeiter bedrohen, übergroß. Sie drohen aber leider zum großen Teil sogar von der Seite her, wo in falscher Gesellschaft auch Arbeiter stehen. Diesen Arbeitern konnte man alles möglich einreden, was nicht den Tatsachen des wirklichen Lebens entsprach. Sie waren ja nicht gewerkschaftlich aufgeklärt worden. Es ist zwar ein Widerspruch in sich selbst, sich dort Rat und Unterweisung zu suchen, wo genau entgegengesetzte Interessen vorhanden sind, als man sie selbst hat. Aber viele Arbeiter scheinen noch gar nicht diesen Widerspruch empfunden zu haben. Sonst hätten sie sich wohl kaum Gruppen und Vereinen angeschlossen, die von der kapitalistischen Seite her auf jede mögliche direkte und mehr noch indirekte Art unterstützt werden. Es sind dies ganz besonders betäubende Erscheinungen. Sie gereichen dem Arbeiterstande als Ganzem nicht zur Ehre. Zugegeben muß allerdings werden, daß es bei allen großen Befreiungsbewegungen und bei allen Kämpfen für Wahrheit, Recht und Fortschritt ähnliches gegeben hat. Der Arbeiter steht hier nicht etwa unter dem Durchsicht des Menschlichen, allzu Menschlichen, soweit es sich aus geistigem Nichtwissen und sittlichem Nichtkönnen erklärt. Wo weitblickende und gutmeinende Menschen neue Ideen in das Leben stellten und zum Kampf für sie aufforderten, gab es stets nicht nur Ängstliche und Besorgene, sondern auch Verirrte und Verwirrte. Wo immer sich auch Gutes, Notwendiges, Großes durchsetzte, hatte es nicht nur mit äußeren Widerständen zu kämpfen, sondern auch mit inneren. Jeder einzelne Mensch hat in sich selbst Hemmungen und Schwächen zu überwinden, wenn er Kräfte für etwas einsetzen soll, das er als Pflicht und Aufgabe erkannt hat. Und ebenso ergeht es einer Klasse von Menschen. So muß gewissermaßen stets nach zwei Fronten hin gekämpft werden.

Dieser Kampf muß aber hier wie dort überlegt, maßvoll, diszipliniert sein. Damit kommt man nicht nur am weitesten, damit handelt man auch am gerechtesten. Es ist ja bestimmt viel böser Wille mit im Spiele, wenn die Arbeiterklasse zu unterdrücken versucht wird. Aber gleichzeitig spielen doch auch Herkommen und Gewohnheit, falsche Erziehung durch Haus, Schule, Kirche, Beruf und das Leben überhaupt eine große Rolle. Und dann ist sehr viel Kleinmütigkeit zu überwinden! Sowohl die Besitzer der Arbeits- und Selbstbehauptungsmittel des Volkes als auch unorganisierte Arbeiter glauben, daß es unmöglich ist, mit den ja durchweg wirklich nicht leicht zu überwindenden Schwierigkeiten fertig werden zu können, die der Besserung der Lage des Arbeiterstandes im Wege stehen. Oft werden die vorhandenen Schwierigkeiten allerdings auch nur vorgegeben, um dahinter die Absicht zu verbergen, sich Vorteile auf Kosten anderer zu verschaffen. Je düstrier man den Arbeiter zu leben zwingt, so glaubt man, um so reichlicher kann man selbst das Leben genießen. Das ist zwar ein sehr unethischer Standpunkt, aber er wird dennoch gerade dort vertreten — natürlich nur, wenn man unter sich ist —, wo man nach außen hin von Moral und Frömmigkeit nur so trieft. Gerade die letzten Jahre haben es sehr deutlich gezeigt. Es ist nicht mehr zweifelhaft, daß unsere Wirtschaft, daß die Wirtschaften anderer Völker und das Wirtschaftsganze der Welt nur wieder gesunden kann, wenn die Verbrauchsmöglichkeiten ganz bedeutend verbessert werden.

Bei dem heutigen hohen Stande der Wissenschaft und Technik zwingt nichts mehr dazu, daß die Massen das dürftige, entlagungsvolle Leben weiterführen müssen, das sie bisher zu führen von unfähigen und gewinnjüchtigen Besitzern der Arbeitsmittel gezwungen worden sind. Die Lebenshaltung wird um so billiger, je gründlicher die Technik ausgenutzt wird. Die Erde bringt einen großen Ueberschuß von all den Stoffen hervor, die die Menschheit zur Verbesserung der Lebenshaltung gebraucht. Und dieser Ueberschuß kann durch vermehrte Anwendung technischer und sonstiger wissenschaftlicher Hilfsmittel der Arbeit noch ganz gewaltig vergrößert werden.

Es ist lediglich der Mensch, der wirtschaftlich führen will, der vollkommen versagt, nun es darum geht, das Leben der Masse sinnvoller und gerechter zu ordnen. Es herrscht ein falsches

Prinzip in der bestehenden Wirtschaftsordnung und dem bestehenden Wirtschaftsrecht.

Und das ist das Schlimmste: Selbst große Teile der Arbeiter leben immer noch nicht, daß es die leitenden Grundgedanken des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens sind, die der weit überwiegenden Mehrheit der Menschen das Leben hart und freudlos gestalten. Augenblicklich aber werden diese wirtschaftlichen Leitgedanken selbst dort nicht einmal mehr als richtig anerkannt, wo sie bisher mit größter Hartnäckigkeit vertreten wurden. Aber sie sind einer kleinen Kapitalistenkaste vorteilhaft. Und das genügt, um das Gegenteil von dem zu behaupten, was man glaubt. Die Gegenwartsmeinung schwimmt in einem tiefen See von Heuchelei und Lüge und Verstellung. Alle Not der Zeit wird in ebenso sinnloser als gewissenloser Verdröhung dem sozialen Gedanken zugeschoben. In Wirklichkeit aber ist es gerade umgekehrt: Heute erlebt die Welt den Zusammenbruch des kapitalistischen Gedankens. Er hat so gründlich abgewirtschaftet, daß eigentlich jeder erkennen mußte, daß die Volksarbeit anders geordnet werden muß: planvoll durchdacht, sinnvoll, zweckmäßig, gemeinnützig, vernünftig, in jeder Hinsicht so wertvoll wie es wirtschaftlich wissenschaftlich nur eben denkbar ist. Man spricht immer von „Volkswirtschaft“, aber wir haben die trübseligsten Interessenwirtschaft des Kapitalismus, trübselig als zu je einer Zeit früher. Der wirtschaftliche Ausbeutungsgedanke ist durch Organisation auf die Spitze getrieben worden und muß nachgerade die Volksarbeit vollständig zum Stehen bringen. Die monopolartige Preisbindung durch die Besitzer der Arbeitsmittel des Volkes wirkt so ungeheuer verhängnisvoll, daß die Wirtschaft selbst daran zerbrechen muß. Das Kapital tötet selbst Kapital, weil es rücksichtslos die Kaufkraft vernichtet, die allein dem Kapital Leben einzuhauchen vermag. Und was die überhöhten Monopolpreise nicht zugrunde richten, das richten die phantastisch hohen Zölle zugrunde. Sie sollen angeblich hauptsächlich der Landwirtschaft helfen, die den von ihr zu zahlenden Zwangspreisen keine Zwangspreise entgegengehen kann und deshalb eben überhaupt kaum noch etwas von der Industrie kauft. Je mehr aber den Massen die Lebenshaltung durch Zölle usw. verteuert und verengt wird, um so schlechter geht es neben der Industrie auch der Landwirtschaft. Der Kapitalismus wehrt nicht mehr aus noch ein. Aber verblissen und blind geht er den alten Weg des Ertragens von Profit weiter. Er ist eben seinem Wesen nach unersättlich. Der Profit wird wertlos, wenn er nicht mehr mitreißt im Arbeitsgang der Volksgemeinschaft. Leben ist überall Bewegung. Im Ausland liegen Barkapitalien in großen Massen tot da; in Deutschland fehlen sie und es stehen die Maschinen zum großen Teile still.

Der kapitalistische Wahnsinn kann kaum noch weiter auf die Spitze getrieben werden, als es in den letzten fünfzehn Jahren geschehen ist. Mehr oder weniger sind nach und nach alle Länder von einiger wirtschaftlicher Bedeutung festgefahren. Die öffentlichen Finanzen sind überall zerrüttet, der Geldverkehr ist vollständig in Unordnung geraten und mit dem Warenaustausch steht es geradezu trostlos. Es gibt wahrscheinlich 25 Millionen Menschen, die nicht arbeiten dürfen, obgleich 90 v. H. der Menschen an fast allem Notwendigen Mangel haben und deshalb gerne die unwillig feiernden Hände in Bewegung setzen möchten. Es ist aber keine Kaufkraft da. So sammeln sich seit Jahren die Waren zu immer größeren Bergen an! Das englische Blatt „Sunday Express“ macht hierüber lobend aussehendere Mitteilungen: Die aufgestapelten Warenvorräte, die in der Welt durch die Sinnlosigkeit der kapitalistischen Wirtschaft zum großen Teil zugrunde gehen, würden genügen, um der gesamten Menschheit zwei Jahre hindurch ohne jede Arbeit vollständig ausreichend das Leben zu sichern. In den Lagerhäusern verfaulen 55 Milliarden Bushels Getreide, was etwa dem Verbrauch der ganzen Menschheit in zwei Jahren entspricht. Der Zuderüberschuß beträgt sechs Millionen Tonnen. Von der Kaffeenernte dieses Jahres bleibt so viel unverkauft, daß die Menschheit ein Jahr daran genug hätte. Dabei ist zu beachten, daß der größte Teil der vorjährigen Kaffeenernte gewaltig vernichtet worden ist, um das Sinken der Preise zu verhindern. Von der Teernte ist ebenfalls ein großer Teil mit Absicht nicht verwertet worden. Trotzdem lagern allein in England von der Ernte dieses Jahres noch 73 000 Tonnen. Im vorigen Jahre betrug die Baumwollenernte 28 Millionen Ballen, davon wurden nur 16 Millionen Ballen verkauft. Ungeheuer groß sind auch die Kautschukvorräte und die Vorräte von noch fast allem anderen, was die sogenannte Kulturmenschenheit braucht.

Kann man aber wirklich noch von Kultur sprechen, wenn derart mit den Gütern der Natur umgegangen wird und wenn bei solchem gewaltigen Ueberschuß fast überall größter Mangel an Notwendigsten herrscht? Und, wie schon gesagt, die Natur könnte noch viel, viel mehr hervorbringen, wenn es sein sollte. U. J.

Internationale Entschädigung bei Staublungenkrankheit

Im Jahre 1925 wurde von der Internationalen Arbeitskonferenz ein Übereinkommen über die Entschädigung von Berufsfrankheiten beschlossen, demzufolge jeder Staat, der das Übereinkommen ratifiziert, verpflichtet ist, „Arbeitnehmern, die durch Berufsfrankheiten erwerbsunfähig geworden sind, oder ihren Hinterbliebenen eine Entschädigung nach den allgemeinen Grundsätzen seiner Gesetzgebung über die Entschädigung bei Betriebsunfällen zu sichern.“ Ein Verzeichnis der Berufsfrankheiten, die zu entschädigen sind, enthält Artikel 2 des Übereinkommens. Es war von Anfang an klar, daß viel zu wenige Berufsfrankheiten in das Verzeichnis aufgenommen worden waren, weshalb in Form einer „Empfehlung“ — die nicht bindender Art ist — ausgesprochen wurde, daß es „jedem Staat freisteht, in seiner Gesetzgebung ein vollständigeres Verzeichnis aufzustellen.“

Der Sachausschuß für Gewerbehygiene im Internationalen Arbeitsamt befaßte sich schon seit 1926 mit der Frage, ob den in dem Übereinkommen genannten Berufsfrankheiten die Staublungenkrankheit hinzuzufügen sei. Zwei Jahre später beschloß der Ausschuß, die Frage zu vertagen und zwar mit der Begründung, daß erst die Regierungen der Staaten „um vollständige Unterlagen erlucht werden müssen hinsichtlich der Verfahren zur Diagnose der Staublungenkrankheit in den verschiedenen Gewerben, in denen die Arbeiter der Einwirkung von Kieselsäurestaub ausgesetzt sind.“ Bereits damals hat der Engländer Findlay, der in dem Ausschuß die Arbeitnehmergruppe des Verwaltungsrats vertrat, die Befürchtung ausgesprochen, daß die Sachverständigen sich vielleicht in zu starkem Maße mit der wissenschaftlichen Seite der Frage befassen und damit einen praktischen sozialpolitischen Fortschritt hemmen würden. Seitdem sind mehr als drei Jahre verstrichen, und es hat sich gezeigt, daß Findlays Befürchtung begründet war!

Die 15. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz griff die Angelegenheit wieder auf. Sie nahm eine Entschädigung an, die den Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes beauf-

tragte, er möge prüfen, ob die Erweiterung des Verzeichnisses der Berufsfrankheiten, die gemäß dem internationalen Übereinkommen von 1925 wie Betriebsunfälle zu entschädigen sind, und insbesondere die Einbeziehung der Staublungenkrankheit auf die Tagesordnung einer der nächsten Arbeitskonferenzen zu setzen wäre, und zwar wenn möglich jener im Jahre 1932.

Der Verwaltungsrat verhandelte über die Entschädigung auf seiner Tagung im Oktober 1931. Angesichts des Umstandes aber, daß für die Arbeitskonferenzen von 1932 und 1933 bereits andere und dringlicher erscheinende Gegenstände vorgelegen sind, wurde die Erledigung der Angelegenheit weiter hinausgeschoben, so daß sie also bestenfalls 1934 zur Entscheidung kommen wird. Der Rat beauftragte zugleich das Internationale Arbeitsamt, seine Untersuchungen über die Staublungenkrankheit fortzusetzen.

Maßgebend für die Verzögerung der Erweiterung der Liste der zu entschädigenden Berufsfrankheiten war wohl auch der Umstand, daß von verschiedenen Seiten noch immer die Möglichkeit einer sicheren Diagnose gerade der Staublungenkrankheit bezweifelt wird, obwohl die in Deutschland und England durchgeführten Untersuchungen diese Zweifel als durchaus unbegründet erscheinen lassen. In einer auf den Gegenstand bezüglichen Denkschrift, die das Internationale Arbeitsamt auf der jüngsten Tagung seines Verwaltungsrates vorlegte, wird nämlich gesagt, es müsse „anerkannt werden, daß in bestimmten wichtigen Industriestaaten Europas bisher mit der Erforschung der Staublungenkrankheit kaum noch begonnen wurde und daß man zur Zeit von einer sicheren Ansicht über die Staublungenkrankheit der gewerblichen Arbeiter noch weit entfernt ist“.

Auch hat die Abteilung für Gewerbehygiene im Internationalen Arbeitsamt eine Liste von Berufsfrankheiten entworfen, die den in dem Übereinkommen von 1925 genannten hinzugefügt werden sollen. Die Staublungenkrankheit ist in diese Liste leider noch nicht aufgenommen worden.

Maßlose Beschimpfungen der Arbeitslosen

durch einen früheren Redakteur der kommunistischen Arbeiterzeitung

Der Name Gruschwitz ist sicher noch allen Arbeitern in Niederschlesien bekannt. Gruschwitz, Redakteur der Arbeiterzeitung, war in den Jahren 1920 bis 1923 der gefeierte schlesische Kommunistenführer. Er kam nach der Revolution von ganz rechts, gab eine kurze Gastrolle bei der USF, und wurde dann Kommunist. Seit einigen Jahren ist er es nicht mehr. Er fand den Weg wieder zurück, woher gekommen. Jetzt ist er Herausgeber eines anderen ausgesprochenen Standalblattes, der Tribüne. In dieser fordert er Woche um Woche immer wieder zu offenen Gewalttaten gegen Arbeiter auf.

Was dieser Parasit Gruschwitz über die Arbeitslosen schreibt, ist dazu angetan, die hellste Empörung unter den Arbeitslosen herbeizurufen. Wörtlich heißt es über die Arbeitslosen in einem mit „Maschinengewehr“ überschriebenen Artikel:

„Und so treibt sich das tagaus tagein in den Straßen herum, tut als ob es keine Arbeit erhielte, nützet herum, lauft herum, bevölkert Tanzlokale, es frißt lieber nichts Gescheites. Und nur eine Angst steht riesengroß vor ihnen, wenn sie auf der Stempelstelle erscheinen ... Wenn bloß nicht frei war heute. Und zwischendurch wird ein dunkles Geschäft gemacht, wird mal eingekauft, ein Ding gedreht, wird ein Kavaler mitgenommen, schließlich ein Ueberfall auf einen Briefträger ausgetüftelt oder ein Mord begangen. Und so lebt dieses Schweinezeug dahin. Auswurf der Menschheit, Kanakillen, die nie mehr arbeiten wollen und nie mehr arbeiten werden, wenn sie nicht dazu gezwungen werden.“

Zum Schluß fordert er in ganz infamer Weise dazu auf, gegen diesen „Pöbel“ mit Maschinengewehren vorzugehen.

„Es ist überhaupt eine traurige Geschichte — so sagt die Breslauer Volkswacht zu dieser schandbaren journalistischen Heze —, daß man wohl zum Verkauf einiger Liter Milch, zum Freihalten von einigen Flaschen Bier eine Konzession haben muß, daß aber jeder hergelaufene Lump eine Zeitung herausgeben und dort sich alles leisten kann. So müßten wir auch einigen Arbeitslosen, die auf Grund eines Mordartikels sich bei uns beschwerten, erklären, daß leider hier keine Möglichkeit besteht, einzugreifen, daß sie eben sehen müssen, wie sie sich ihrer Haut wehren, wenn sie sich eine solche gemeine Verhöhnung nicht gefallen lassen wollen.“

Wie viel solcher hergelaufener Lumpen sind wohl schon durch die APD. gegangen und wie viel ihrer werden es noch sein?!

Kommunistische Arbeiter, werdet doch endlich geschick bei den Erfahrungen, die ihr immer wieder machen müßt.

In den Augen dieses Gruschwitz, den ihr anbetet, dem ihr bei seinem Auftreten in den Versammlungen zugejubelt habt, seid ihr faulenzendes Schweinezeug, Auswurf der Menschheit, Kanakillen?

Heute schmäht und beschimpft euch dieser, morgen ein anderer der vielen „Gruschwitz“, für die ihr ideell und materiell eure Opfer bringt.

Bericht über die Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates

Steigende Arbeitslosigkeit als Folge der durch Abzähminderung und Kreditnot verursachten Einschränkung der deutschen Wirtschaft, Schwierigkeiten auf dem Kapitalmarkt, Bankenzusammenbrüche und anderes mehr hatten den Reichspräsidenten Hindenburg veranlaßt, Mitte Oktober den Wirtschaftsbeirat zu berufen. Als dessen Aufgabe hatte der Reichspräsident in seinem Schreiben vom 14. Oktober an den Reichskanzler bezeichnet, mitzuhelfen, „ein wirtschaftlich wirksames und sozial gerechtes Wirtschaftsprogramm aufzustellen und durchzuführen.“ Ziel dieses Programms sollte sein, „die Arbeitslosigkeit zu mindern, die Produktionskosten zu verringern und die Lebenshaltungskosten herabzusetzen.“ Als Mitglieder des Wirtschaftsbeirates sollten Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens berufen werden, die ihre Aufgabe möglichst frei von jeglicher Bindung zu lösen versuchen sollten. Da Abstimmen nicht erfolgen, „Beschlüsse“ nicht gefaßt werden sollten, war von vornherein irgendwelche Parität nicht vorgesehen: etwa 20 Vertretern des Handels und Handwerks, der Industrie und Landwirtschaft standen 6 Vertreter der Arbeiter und Angestellten gegenüber.

Den ersten beiden Plenarsitzungen des Beirats wohnte der Reichspräsident bei. In seiner einführenden Rede am 29. Oktober betonte der Reichskanzler, daß für alle künftig notwendig werdenden Maßnahmen die Reichsregierung allein die Verantwortung trage, der Beirat aber ihr diese Aufgabe erleichtern solle durch flühende Untersuchung der Verhältnisse der deutschen Wirtschaft. Die Aufrechterhaltung unserer Währung sei unbedingt notwendig, andererseits aber eine größere „Elastizität“ der Wirtschaft. So gespannt auch die Finanzlage sei, so sehr müsse das absolute Gleichgewicht in Einnahmen und Ausgaben in Reich, Ländern und Gemeinden aufrechterhalten bleiben. Von besonderer Bedeutung für den deutschen Export sei der Sturz des englischen Pfundes, bezüglich dessen nicht abzusehen sei, auf welchem Stande es stabilisiert werden würde, ebenso sehr aber die Gefahr einer Minderung der deutschen Ausfuhr durch fremde Zölle mit Prohibitivwirkung. Dem entgegenzuwirken sei zu erwägen eine Senkung der Gestehungskosten mit Einschluß des Problems der Zinsenkung. Die Wirtschaft müsse allen Entwicklungsmöglichkeiten elastischer als bisher folgen können, wobei zu bemerken sei, daß Deutschland eher als andere Industrieländer an der unteren Grenze der Schrumpfung der Löhne und Gehälter angelangt sei. Schon die Notverordnung vom 5. Juni 1931 enthalte Andeutungen über die folgenschwere Wirkung einer weiteren Schrumpfung der Einnahmen aus Lohn und Gehalt für den gesamten Binnenmarkt, in erster Linie auch für die Landwirtschaft. Diese Darstellungen wurden nach der finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Seite hin ergänzt durch die in Betracht kommenden Ressortminister bzw. den Reichsbankpräsidenten.

Schon in den ersten beiden Plenarsitzungen wie auch in den folgenden Sitzungen der dann gebildeten Ausschüsse (1. Selbstkosten, also Lohn und Preis, 2. Kredit und Zins), die später auch Sachverständige aus den Kreisen der beteiligten Interessentengruppen zuzogen, ergab sich folgendes Bild:

Die Landwirtschaft klagt über unerträgliche Zinslast (12 bis 16 v. H. Hypothekenzins), überhöhte Preise für künstliche Düngemittel und zu hohe Landarbeiterlöhne mit Einschluß des Deputats, vor allem aber verlangt sie einen Ausgleich zwischen dem Index für landwirtschaftliche Produkte, der stellenweise bis auf 69 Punkte gesunken sei, und den anderen Indizes, besonders dem für Industrieprodukte für die Landwirtschaft, die z. T. heute noch auf 180 Punkten ständen.

Die Vertreter des Mittelstandes (Handwerk und Kleinhandel) sehen in der schon jetzt eingetretenen Minderung der Kaufkraft der breiten Massen eine Bedrohung der eigenen Existenz und wenden sich gegen weitere Lohnsenkungen. Eine Erleichterung ihrer Lage erbitten sie in der Ermäßigung der Steuern, der Mieten, Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft, Verbot des Zugabewesens, Besteuerung großkapitalistischer Betriebe durch gestaffelte Fiskalsteuern u. a. Das Handwerk insbesondere erblickt in der Uebersteigerung der Zentralisierung in Arbeit, Industrie, Kapital, in den Eingriffen des Staates und der damit verbundenen Behinderung individueller Initiative die Wurzel allen Übels.

Die Industrie verwies immer wieder auf die absolute Notwendigkeit, den deutschen Export konkurrenzfähig zu erhalten. Letzterer sei der einzige Faktor zur Beschaffung der unentbehrlichen Devisen für die Zinsleistung an fremdes Kapital und für den Ankauf der nötigen Rohstoffe. Schließlich sei er auch ein harter Befürworter des Binnenmarktes. Vom Stande der Wirtschaft, ihrer Produktions- und Konkurrenzfähigkeit sei schließlich auch die ganze Sozialpolitik abhängig. Jede Rentabilitätsberechnung habe zur Voraussetzung die ernste Prüfung aller Gestehungsgrößen. Lohn und Gehalt seien aber hierbei die ausschlaggebenden Größen, der Lohnfaktor bestimme schon den Preis des Rohprodukts entscheidend (Rohle, Eisen usw.), er habe gleiche Bedeutung beim Transport der Güter in jedem Zustand. Die Lebenshaltung der breiten Massen werde doch durch die Preise für Lebensmittel, Miete, Kleidung, Verkehrsmittel u. a. mindestens in demselben Maße beeinflusst wie durch die Lohnhöhe. Eine Vorleistung der Preise sei bereits erfolgt, die amtlichen Indizes bewiesen seit längerer Zeit ein merkbares Absinken der Preise. Die Löhne und Gehälter müßten folgen, nachdem nunmehr auch ähnliches in denjenigen Nachbarländern Deutschlands zu erwarten sei, die in dieser Beziehung bisher günstiger gestanden hätten. In den meisten Konkurrenzländern seien aber die Verdienste der Arbeitnehmer niedriger als bei uns. Eine weitere Verschiebung zugunsten Deutschlands sei ferner zu gewärtigen aus dem Währungsverfall in 25 Staaten der Erde. Gewiß müsse sich die Lohnsenkung erstrecken auch auf die höchsten Bezüge der leitenden Beamten bzw. Angestellten, aber in dieser Beziehung sei Durchgreifendes bereits

erfolgt. Wirtschaftlich gesehen, sei man nur noch wenig vom Tiefstand auf dem Binnenmarkt entfernt. Wenn zu ihm noch eine verfürzte und verlustvolle Ausfuhr hinzutrete, sei eine Katastrophe unvermeidlich. Es sei volkswirtschaftlich wichtiger, zu geringen Löhnen viele zu beschäftigen, als vielleicht 20 bis 30 v. H. zu Tariflöhnen, während der Rest kurz arbeite oder arbeitslos sei. Die jetzigen Tarife seien zu stark, sie paßten sich den wirtschaftlichen Notwendigkeiten einzelner Betriebe oder ganzer Gebiete zu wenig an. Damit dem staatlichen Schlichtungswesen seien seit 1927 die Löhne und Gehälter zu schnell und zu stark gewachsen. In Verbindung mit der Verbindlich- und Allgemeinverbindlicherklärung sei dem staatlichen Schlichter eine Macht zugeflossen, die ihn zum einflussreichsten Manne im Staate mache. Man habe in den verfloßenen Jahren häufig den Eindruck gehabt, als seien Schiedsspruch und Verbindlicherklärung weniger von wirtschaftlichen als von politischen Beweggründen inspiriert gewesen, sei also berechtigt, von „politischem“ Lohn zu sprechen. Neben der Notwendigkeit, die Tarife so zu gestalten, daß sie regional, branchenmäßig oder betrieblich „elastischer“ den Erfordernissen der Wirtschaft folgen könnten, sei die Abkehr vom staatlichen Schlichtungszwang unabwiesbar. Man müsse zur früheren Gepflogenheit des frei vereinbarten Tarifvertrags zurückkehren, der, moralisch wertvoller, ganz andere Vertragsbereitschaft und verantwortliche Vertragstreue der Tarifpartner gewährleistete.

Demgegenüber betonten die Vertreter der Arbeiter und Angestellten — und zwar in der Tendenz unbeschadet der sonstigen Verschiedenheit der Richtungen einheitlich —, daß gewiß der ausgehandelte oder ausgeämpfte Tarifvertrag vorzuziehen sei. Nur sei seit Jahren eine ungeheure Arbeitslosigkeit vorhanden, die ein bedeutendes Plus auf Arbeitgeberseite bei Lohnverhandlungen oder Arbeitstämpfen darstelle. Diese Tatsache in Verbindung mit den Erfahrungen früherer Jahre lasse bei den Gewerkschaften keinen Glauben an eine wirkliche Tarifwilligkeit in weiten Kreisen der Industriellen aufkommen. Wo sei eine solche in der Vorkriegszeit z. B. im Bergbau, in der Schwereisen- und z. T. in der weiterverarbeitenden Industrie vorhanden gewesen? Der Staat erfülle nur eine sozial gerechtfertigte Funktion, wenn er, namentlich in Notzeiten wie jetzt, verhindere, daß die Lebensbedingungen so vieler seiner Bürger, wie die Lohn- und Gehaltsempfänger es seien, auf ein tiefes Niveau sinke. Die Lohnsteigerungen der Jahre 1928 bis 1930 seien nicht nur der Prosperität der Wirtschaft, sondern auch der Produktionssteigerung in Abständen gefolgt; die Arbeitsleistung des einzelnen seien um 30 v. H. gestiegen. Ganz abgesehen davon, vertreten die Gewerkschaften den Anspruch auf steigenden Anteil am Produktionserslös. Die Lohnhöhe sei nicht ausschlaggebend, sondern der Reallohn, die dem Lohn innewohnende Kaufkraft. Gewiß sei eine Senkung der Preise seit dem Vorjahre eingetreten, aber die Senkung der Löhne in Gestalt des Abbaus der übernatürlichen Löhne, die Schmälerung des Akkordverdienstes, die mehrmaligen Lohnabnahmen hätten vielfach die Preisentwertung mehr als wettgemacht. Das gelte schon für die noch Vollbeschäftigten. Um wieviel schlimmer gestalte sich die Lage der Kurzarbeiter. Dieser Verdienstschwund erkläre die trostlose Situation auf dem Binnenmarkt. Bei aller Anerkennung der Bedeutung des Exports müsse immer wieder auf die Tatsache hingewiesen werden, daß rund 85 v. H. der Produktion vom heimischen Markt aufgenommen werden. Reiche der Verdienst nur noch aus für die Beschaffung des zum Leben Aller notwendigen, dann erkläre sich die schwierige Lage für den Mittelstand und die Landwirtschaft im besonderen. Angestellte und Arbeiter mißgönnten der Landwirtschaft einen angemessenen Verdienst nicht, so ungeeignet hier für sie auch die bestehenden Zölle anseihen, aber sie müßten verlangen, daß sie die landwirtschaftlichen Produkte auch kaufen könnten. Seit Jahren sei von ihnen gegen die unerträglichen Preispannen Sturm gelaufen worden, ohne daß etwas Entscheidendes geschehen sei. Gewiß stünden Lohn und Preis im innigsten Verhältnis, aber der Verlauf der Verhandlungen rechtfertige die Befürchtung, daß bezüglich der Preise ein weiteres Absinken mittels der wohl unzureichenden Maßnahmen zu „erhoffen“ sei, während die Gewißheit weiterer Lohn- und Gehaltsabbaus feststehe. Da die Schaffung von Tarifen überall ausschließliches Recht der Tarifpartner, hier also der einzelnen Verbände sei, entsiehe also für die Vertreter im Wirtschaftsbeirat auch jegliche Befugnis, hier etwa bindende Abmachungen zu treffen. Gegen ausländische Schutzzölle mit prohibitiver Tendenz sei jegliche Lohnsenkung unwirksam, selbst wenn der Lebensstandard des deutschen Arbeiters auf das niedrigste Niveau gesenkt würde. Entscheidend für die schwierige Geld- und Kreditlage Deutschlands sei die dauernde Behinderung der öffentlichen Meinung durch das Auftreten politisch radikaler Kreise, seien auch die Unnummen eigenen und fremden Kapitals, die in Fehlinvestitionen festliegen, nicht rentieren, aber hoch verzinst und getilgt werden müssen. Zusammenfassend sei erster Widerstand gegen jede Minderung der Kaufkraft der breiten Massen aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen nach wie vor verpflichtendes Gebot, für dessen Verletzung der Reichsregierung die volle Verantwortung überlassen bleiben müsse. Zur Entlastung des Arbeitsmarktes fordere die Arbeitnehmererschaft die Einführung der Vierzigstundenswoche mit Einstellungszwang.

An dieser Grundauffassung hat sich bis zum letzten Verhandlungstage nichts geändert. Sie gab Veranlassung, in der Schlußsitzung des Wirtschaftsbeirates am 22. November gegenüber dem vom Reichskanzler gezogenen Resümee noch einmal mit aller Deutlichkeit die einheitliche gewerkschaftliche Auffassung darzulegen.

Die vorstehende Darstellung wurde der „Striegauer Volkszeitung“ vom 11. November entnommen. Dazu schreibt ergänzend der Gauleiter in Schlesien, Kollege Senft, unerlerter Redaktion, daß dieser Gruschwitz, der Maul- und Pflaugheld, noch vor nicht allzu langer Zeit unsere Steinarbeiterkollegen schriftlich und mündlich aufforderte, ihn, den Gauleiter, so zu verdrängen, daß er nicht mehr imstande sei, „freigewerkschaftlichen Verrat“ zu treiben. Die jetzigen APD.-Größen in Schlesien waren mehr oder minder Gruschwitz' politische Lehrlinge. Wie lange wird es dauern, bis auch diese aus dem Lager der Nazis oder als politisch verwalte Hanswurste die klassenbewußt kämpfende Arbeiterschaft antlawfen? Deshalb ist es angebracht, daß unsere Kollegen diese Entwicklung einfügiger APD.-Führer und deren Nachfolger beachten und, sobald diese auftauchen, die Frage stellen, wann auch sie gedenken, ihrem einfügigen Lehrherrn zu folgen. Tene Kollegen aber, die sich feinerzeit, dem Befehl ihres Gruschwitz folgend, gegen den Gauleiter, Kollegen Senft, in handgreifliche Disziplinierung wollten, werden gebeten, diese Disziplinierung nunmehr mit jenem Gruschwitz zu pflegen, der schlagende Beweise mehr als hundertprozentig verdient hat.

Neue Bücher und Zeitschriften

Haase: „Die Seelenverfassung der Jugendlichen.“ Zweite, durchgearbeitete und erweiterte Auflage. 59 Seiten. Berlin 1931. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14, Inselstraße 6a. Adresspreis 1 Mark. Organisationspreis 75 Pfennig.

Als Material für Jugendleiter der Gewerkschaften ist in zweiter, neu bearbeiteter Auflage eine Schrift des Berliner Korrespondenten Dr. Ernst Haase über „Die Seelenverfassung der Jugendlichen“ erschienen, die Anspruch darauf erheben darf, weit über die Kreise des gewerkschaftlichen Jugendleiters hinaus ernste Beachtung zu finden. Man möchte wünschen, daß überhaupt jeder, der mit Jugendlichen zu tun hat, die von großer Sachkenntnis und tiefem Ernst getragenen Ausführungen des Arztes, Psychologen und Sozialisten Haase liest. Der Verfasser beschränkt sich nicht darauf, nur die Zusammenhänge zwischen der körperlichen und seelischen Reifung des heranwachsenden aufzuzeigen, er weist auch Wege, wie Eltern, Erzieher und die Führer von Jugendgruppen die Entwicklung fördern können. Sympathisch berühren die offenen Worte Haases in dem Kapitel „Jugendliche Sexualität und Erotik“, die mit jeder Betätigung des Geschlechtslebens verknüpfte Verantwortlichkeit wird betont und dem auch unter jungen Menschen verbreiteten Aberglauben entgegengetreten, daß sexuelle Zurückhaltung gesundheitsfördernd sei.

Wenn auch die Schrift nicht für die Jugend selbst geschrieben ist, so wird es doch nur begrüßt werden können, wenn sie tausenden Jugendlichen in die Hand gegeben wird.

Joan. Ein neuer Roman von Peter Freuchen. Erschienen bei der Buchverlag G. U. G. in Berlin.

Peter Freuchen, der Autor des neuen Goldenen Buches „Joan“, ist ein geborener Däne. Er schloß sich der Expedition des Forscher Rossmann an und durchkreuzte Grönland. Zwanzig Jahre Leben dort oben genügt ihm für immer mit den nördlichen Gebieten und deren Menschen innerlich zu verbinden. Es war kein leichtes Dasein, das er dort oben hatte. Die Lebensmittel mußten auf tagelangen und gefährlichen Sagen beschafft werden. Auf weiten Schrittreisen muß sich der Mensch dort oben den Gefahren einer schroffen Natur aussetzen, und die Ruhelage zwischen Arbeit und Schneelagerung sind selten. Aber mit der Zeit gewöhnte sich auch Freuchen an diese Dinge, und bald sah er ihm, als ob die Unannehmlichkeiten nicht das Erlebnis aufwogen, das ihm wurde, als er die Menschen dort oben, ihre Sitten und Gebräuche kennenlernte. Er betrat eine Welt, die ihm überaus reich und neu war, nahm an einer neuen Grönlandexpedition teil und mußte schließlich infolge der Strapazen und einer Fehlmessung in Dänemark bleiben. Aber er fährt jedes Jahr noch einmal nach Grönland, und alles, was er schreibt, bewegt sich um diese seine weltliche Heimat.

Er wählte die Form der Romane nur, um besser verstanden zu werden und mehr Leser zu finden und auch, weil ihm der Roman besser die Möglichkeit gibt, Empfindungen zu wecken, die den Leser hinführen sollen zu jenen Menschen, in deren Mitte Freuchen den Inhalt seines Lebens gefunden hat. „Stets aber“, so schreibt Freuchen, „habe ich mich bemüht, nur was ich wirklich erlebte, zu schildern und die Phantasie auszuschalten.“ Wie in allen seinen bisher erschienenen Büchern, von denen eins charakteristisch für die „Die Klüften ins weiße Land“ heißt, stellt Peter Freuchen auch in dem Roman „Joan“ das Leben der Polarreisenden dar. Das ist der große Wert dieses Buches, daß es uns den Kenntnis vermittelt, die nur ein Schriftsteller sammeln konnte, der jahrelang unter den Menschen gelebt hat, die er beschreibt. Diejenigen Schriftsteller, die an irgendeinem See in der Schweiz sitzen und Gedichte und Erzählungen über den Arbeiter im Ruhrgebiet und in Chemnitz und in Bitterfeld schreiben, diejenigen Schriftsteller auch, die im Garten ihres Hauses sitzen und zehn Federblätter zerhacken, bis ihnen etwas einfällt, diese alle mögen über Leute wie Freuchen und Trauen und wie sie helfen mögen. Nordio schreiben, weil das ja keine begnadete Literatur wäre, sondern banale Schilderung, aber unsere Zeit hat erkannt, daß es notwendig ist, Bücher zu lesen, die auf Tatsachen beruhen. Bücher zu lesen, die Kenntnisse vermitteln und Erkenntnis. Und Peter Freuchen, der so schreiben von sich sagt, daß er sich nur an das hält, was er erfahren hat, beweist es mit seinem Roman „Joan“, daß ein solcher kanaler Tatsachenbericht zugleich ein großer Schriftsteller sein kann, ein Dichter, der mit Worten Musik machen kann und der Empfindungen in seinen Lesern weckt, die zu den glücklichsten Argungen der Menschheit gehören.

„Joan“ ist Peter Freuchens bestes Buch. Und das ist kein Zufall. Dieser Roman ist, wie Freuchen selbst sagt, die Geschichte seiner ersten Ehe, die trotz der Raffinesse der Verhältnisse immer unendlich viel bedeutete. Mit großer Liebe verknüpfte sich der Verfasser in das Dasein der Estimas, und mit besonderer Zärtlichkeit beschrieb er diese Frau, die sich dort oben zu ihm fand und die ihm alles gab, was nur ein menschliches Wesen dem anderen zu geben imstande ist. Das Andenken an diese Frau hat Peter Freuchen begeistert durch das Buch „Joan“, das die Geschichte dieser Ehe ist.

Anfänge zur Selbsthilfe in unserem Beruf

Mehrere Anfragen aus Kollegentreifen über Art und Zweck der Notgemeinschaft für Bestattungen zu Lübeck e. V. veranlassen uns zu folgenden Mitteilungen:

Die NBV. ist im November 1922 in einer schlimmen Zeit, in der das deutsche Geld jeden Tag an Wert einbüßte, gegründet worden. Bis 31. Dezember 1923 waren bereits 7000 Familien und Einzelpersonen beigetreten. Heute zählt der Verein 27 000 Mitglieder mit zirka 50 000 Familienangehörigen.

Der Verein gewährt beim Sterbefall eine vollständige freie Beerdigung in Sachleistungen. Für unseren Beruf von besonderer Bedeutung war die Lieferung eines Grabsteines, und zwar aus Naturstein auf Kosten des Vereins. Das Material ist Oberflächner Sandstein. Der Stein wird mit inkl. 50 Buchstaben Schrift, in Größe 80 x 40 x 12 mit 20 Zentimeter hohem Sockel, frei Grabstelle geliefert. Mitgliedern, die größere und polierte Steine wünschen, wird der Betrag des Pflaststeines angerechnet.

Der wöchentliche Beitrag beträgt für ledige Personen 10 und 20 Pfg., für Familien 25 und 30 Pfg.

Da die NBV. auch die Pflege und die Bepflanzung der Gräber vermittelt, hat sich das Gesamtbild der hiesigen Friedhöfe außerordentlich gehoben. Gräberfelder, die nach Bestehen des Vereins angelegt wurden, sind gepflegt und die Namen der Verstorbenen durch die Inschriften in den Grabsteinen festgehalten. Dieses Wirken zur Pflege und Verbesserung der Friedhofskunst wird auch behördlicherseits anerkannt.

Die Auswirkung für unseren Beruf ist die, daß der Kunststein, der früher hier gang und gäbe war, fast vollständig verschwunden ist. Auf Gräberfeldern, die früher gar keine Grabsteine hatten, sieht man heute Stein an Stein. Die Gemeinnützige Bestattungsgesellschaft m. b. H., die diese Sachleistungen ausführt, beschäftigt 12 Kollegen, während alle übrigen Grabsteingehächte zusammen außer einigen Lehrlingen z. Zt. nur einen Kollegen beschäftigen.

Träger bzw. Gesellschafter der Gemeinnützigen Bestattungsgesellschaft sind neben anderen Genossenschaften auch der Ortsausschuß des NSDAP. Lübeck.

Es wäre zu wünschen, daß auch andere Orte sich derartige Einrichtungen schaffen würden, zum Vorteil der minderbemittelten Bevölkerung. Für unseren Beruf in der Grabmalbranche wäre es ein Schritt zur Wiederbelebung auf dem Arbeitsmarkt. In Hamburg und Bremen bestehen ähnliche Einrichtungen. In Kottbus und Lüneburg sind Anfänge in dieser Richtung gemacht. Es liegt im Interesse der Kollegen, diese Bestrebungen allerorts zu unterstützen und zu fördern.

Berlin. Am 25. Oktober hielt die Zahlstelle ihre Quartalsversammlung im Gemertshaus ab. Nach Vorlesung des Protokolls der letzten Vorstandssitzung erstattete der Kassierer die 3. Quartalsabrechnung, worauf die Revisoren Bericht über die Prüfung ablegten. Debatte fand nicht statt, daraufhin erfolgte auf Antrag Entlastung des Kassierers. In „Verbandsangelegenheit“ wurden vom Vorsitzenden mehrere Schreiben zur Kenntnis gegeben, die zu umfangreicher Debatte Anlaß gaben. Dann hielt der Verbandsvorsitzende, Kollege Winckler, einen Vortrag über die Wirtschaftslage. Er hob hervor, daß alle unsere kapitalistischen Gegner behaupten, an der Krise sei der Marxismus schuld. Krisen gab es schon, wo noch gar kein Marxismus vorhanden war und gibt es auch jetzt in Ländern, in denen der Marxismus keine Bedeutung hat. Krisen werden verursacht durch planlose Wirtschaft und Überfüllung der Lager. Diese Weltkrise kann nur durch eine Verständigungspolitik behoben werden, sie ist die Folge des Krieges. Kollege Winckler bespricht dann die unheilvolle Zersplitterung der Arbeiterkraft, die Zusammenbrüche der Banken und Konzerne, die Wahlerfolge der Nazis, die Auswirkungen auf das Ausland, die Tolerierung der Brüningregierung und behandelte zum Schluß die Situation in der Steinindustrie, im Straßenbau und die Lage des Verbandes an sich im Rahmen des NSDAP. Dem mit Beifall aufgenommenen Vortrag folgte eine ausgiebige Debatte; in der Mehrheit im Sinne der Ausführungen des Referenten. Sein Schlusswort klang aus zu dem Bekenntnis, daß Partei und Gewerkschaft fest zusammenstehen müssen, um über diese ungeliebte Krisenzeit hinwegzukommen. — Im Punkt „Verchiedenes“ wurden über Invalidentarife an den Verbandsvorsitzenden noch Anfragen gestellt, die ihre Erledigung fanden. Des weiteren gingen noch zwei Anträge ein, die von der Versammlung befürwortet wurden. Nach einem Schlusswort des Zahlstellenvorsitzenden, Kollege Strunz, fand die anregende Versammlung ihr Ende.

Essen. Zu der Versammlung am 21. November behandelte der Referent, Kollege Quader vom hiesigen Ortsausschuß des Arbeiterrechts. Den Unterschied zwischen dem patriarchalischen Verhältnis vor hundert Jahren zwischen Meister und Gesellen und dem kapitalistischen zwischen dem Unternehmer und Arbeiterschaft vor heute konnte der Redner in anschaulicher Weise der Versammlung vortragen. Auch die große Gefahr, die der Arbeiterschaft durch den Faschismus droht, wurde eingehend dargestellt. Kein denkender Arbeiter darf im Kampf gegen den Faschismus zurückbleiben. Die Versammlung erklärte einstimmig, daß jede Zersplitterung auf politischem wie auf gewerkschaftlichem Gebiet ein Verbrechen an der Arbeiterschaft wäre. Deshalb soll kein Mittel unversucht bleiben, der Zersplitterung in unseren Reihen aufs schärfste zu begegnen. Wir haben noch Arme und wissen auch unsere Fäuste zu gebrauchen, wenn es heißt „Gewalt gegen Gewalt“. Alles in allem ergab die Versammlung, daß sich die Steinmetzen sowie die Pflasterer einig sind, und den Zusammenhang noch fester ausbauen wollen. Am 11 Uhr wurde dann die gutbesuchte und anregende Versammlung geschlossen.

In Striegau läuft ein sachlicher Aus- und Fortbildungskursus für jugendliche Steinarbeiter. An dem Kursus nehmen 20 junge Kollegen im Alter von 16 bis 21 Jahren teil. Die jungen Kollegen arbeiten vormittags 4 Stunden praktisch und nachmittags 1 bis 2 Stunden theoretisch. Der theoretische Unterricht wird erteilt im Zeichnen, Skizzieren, Gesteinskunde und allgemeinwissenschaftlichen Vorträgen. Zu den Nachmittagsstunden war es der Kurussleitung (die in den Händen des Kollegen Müller liegt) gelungen, Revisionsingenieur Herrn Spielmann für einen Vortrag zu verpflichten. Der Vortrag wurde am 24. November gehalten. Der Vortragende führte einleitend aus: „Viele Arbeiter in den Betrieben erleiden Schaden, weil die gesetzlichen Bestimmungen nicht immer eingehalten werden. Der Staat hat durch Gesetz den Arbeitgebern sowie den Arbeitnehmern Verpflichtungen auferlegt, um nach Möglichkeit Unfälle in den Betrieben zu vermeiden. Beide Teile können erheblich bestraft werden, wenn sie die gesetzlichen Bestimmungen nicht einhalten.“ — Im weiteren wurden die bestehenden Unfallverhütungsvorschriften eingehend behandelt. Grundsatz muß für alle dazu Berufenen sein, die Betriebs- und Arbeitsbedingungen immer in betriebsfähigem Zustande zu halten. Abstrichgefahr in den hohen Lagen, Unfälle durch Genuß von Alkohol, Augenverletzungen, Unfälle durch leichtfertiges Umgehen mit Pulver, Aufgaben des Sprengmeisters, Befolgen der Anordnungen des Sprengmeisters, genaue Beachtung der Sprengsignale und verschiedene andere wichtige Bestimmungen lösten bei den Zuhörern große Aufmerksamkeit aus.

Kam es der Kurussleitung darauf an, die jungen Kollegen von sachmännlicher Seite über die Gefahren der Steinbrucharbeit zu unterrichten, so darf man es dazu diesen Vortrag als gelungen

bezeichnen. Möge dieser Vortrag dazu beitragen, den jungen Kollegen das Rüstzeug gegeben zu haben, das sie für die Zukunft benötigen, nämlich sich und ihre Mitarbeiter vor beruflichem Schaden zu bewahren. Auch von dieser Stelle aus jagt die Kurussleitung dem Vortragenden Dank.

Internationaler Bericht

vom 3. Quartal 1931

Norwegen. Die Tarife für Klebersteinarbeiten in Gutbrandsdalen waren am 1. Mai abgelaufen. Dies führte zu einem 13 Wochen dauernden Konflikt. Es gelang, die Unternehmer zu zwingen, den bisherigen Vertrag bis 1. September 1932 zu prolongieren. Dies ist der guten Organisation zu verdanken. In der Straßen- und Kantsteinindustrie liefen die Tarife am 1. Juni ab und gelang es erst am 5. Oktober diese Bewegung zu Ende zu führen. Die Generalaussperrung gab Anlaß hierzu. Es wurde erreicht, daß die bisherigen Tarife bis 1. Juni 1932 in Kraft bleiben. Die Arbeitslosigkeit ist gestiegen, sie beträgt heute 50 Prozent der Mitglieder, wobei die Kurzarbeitenden nicht mitgezählt sind.

Tschechoslowakei. Verband der Steinarbeiter im II. und III. Quartal. Die erwartete Konjunkturbesserung in der Steinindustrie unseres Landes ließ zu wünschen übrig, nur unzulängliche Ausschreibungen der Straßenbauten waren vorgesehen. Es wird immer sehr viel anderes Material zum Straßenbau verwendet. In der Pflastersteinindustrie sind zur Zeit 14 290 Steinarbeiter beschäftigt. Bei öffentlichen Bauten mit Naturstein ist ein Rückgang zu verzeichnen. Die Steinarbeiten für das Freiheitsdenkmal sind auf mehrere Granitgebiete vergeben worden. Steinarbeiten in Flußregulierungen werden im Moldautal verfertigt. Der Brückenbau der Irsek-Brücke in Prag geht auch zu Ende. In der Grabsteinindustrie war eine mittelmäßige Beschäftigung. Die schlesische und Nordböhmisches Exportindustrie hatte schwachen Absatz. Die Marmorindustrie verzeichnet ebenfalls flauen Geschäftsgang. In Prag stellte die Großfirma Visek ihren Betrieb ein. Fertige Marmorwaren werden eingeführt. Heimischer Travertin hat im Ausland einen besseren Absatz. Ueber die Sommermonate verzeichneten die Basalt-Schotterwerke guten Absatz. In der gesamten Steinindustrie sind nur zwei Drittel voll beschäftigt.

Alle in Berichtsperiode endenden Kollektivverträge wurden von den Unternehmern gekündigt unter Einreichung von Vorschlägen für Lohnabbau. In 10 Betrieben gelang es, die alten Löhne beizubehalten und die Verträge um ein Jahr zu verlängern. In einem Betrieb wurde ein neuer Kollektivvertrag geschaffen. Sodann fanden 5 Abwehrstreiks mit 642 Beteiligten statt, wodurch die bisherigen Lohnverhältnisse geschützt wurden. Im Staatsbetrieb von Pozar stehen die Kollegen seit dem 2. Mai im Abwehrkampf gegen Lohnreduktionen. Die Verträge sind noch gekündigt im Skutscher Gebiet, Beteiligte 3000, dann Lititz AG. mit 200 Steinarbeitern. Im Moldautal mußte eine 3prozentige Lohnreduktion angenommen werden. Im Grabsteingebiet dieses Landesteils wurde ein neuer Vertrag nach Flächen- und Gliederberechnung festgelegt. Zur Zeit stehen noch 420 Mitglieder im Streik.

Die Organisationsfähigkeit des Zentralverbandes der Steinarbeiter kann als zufriedenstellend bezeichnet werden. Es gelang trotz Arbeitslosigkeit die Mitgliederzahl auf 4137 in 67 Ortsgruppen zu erhöhen. Das Prinzip der selbständigen Steinarbeiterbewegung im Rahmen der Steinarbeiter-Internationale findet immer besseren Anklang in den Kollegenkreisen.

Am 5. Juni tagte die erweiterte Vorstandssitzung, die Beschluß faßte, den Widerstandsfonds auf die Hälfte der ordentlichen Beiträge zu erhöhen und die Streikunterstützungsansätze der Zeit anzupassen. Diese wurde um 50 Prozent erhöht. An Arbeitslosenunterstützung zahlte der Verband 344 230,35 Kr. an 1563 Mitglieder. Dabei entfielen auf den Verband 76 648,75 Kr., auf den Staatsbeitrag 267 581,60 Kr. An Streikunterstützung wurden im II. Quartal 19 783,70 Kr. ausbezahlt, Krankenunterstützung 1669,85 Kr.

Vom Verbandsrat wurde der I. Straßenbaukongress, der am 6., 7. und 8. September in Prag tagte, durch Kollegen Tuma besichtigt.

Der Gesetzentwurf unserer Landeszentrale enthält einen Antrag, der die Arbeitsvermittlung den Gewerkschaften zuerteilt. Das Gesetz über die Arbeitsschiedsgerichte, das speziell in der Anerkennung der Tarifverträge wogend ist, ist vom Parlament genehmigt worden. Die Gemeindevahlen am 27. September brachten weitere Erfolge für die Arbeiter und sind eine Reihe von Kollegen gewählt worden.

Holland. Steinsetzer. Im Pflastererberuf ist im letzten Quartal eine große Arbeitslosigkeit entstanden, speziell durch die vielen ausländischen Kollegen, die hier arbeiten. Diese arbeiten meistens im Akkord, und zwar zu niedrigen Tarifpreisen als wie solche sonst üblich sind, teils wird sogar ganz mißliche Arbeit geliefert. Durch Betriebsfilme haben wir nun alle diese ungenügenden Pflasterarbeiten feststellen lassen. Die Mitgliederzahl blieb unverändert.

Schweiz. Die internationale Wirtschaftskrise wirkt auch auf die Schweiz ihre Wellen, und wenn diese auch keinen so großen Druck auszuüben vermögen, so fegen sie doch einige Betriebe und Banken weg, die in ihren Grundpfeilern morsch waren. Im allgemeinen war im 3. Quartal die Konjunktur gut, dennoch mußten im Baugewerbe ähnlich schlechte Erwerbsmöglichkeiten festgestellt werden wie im Vorjahr. Es sind in den Städten die Baugenossenschaften, die noch bauen lassen, dann sind von großem Einfluß noch die öffentlichen Bauten. Gut war auch die Bautätigkeit im Straßenbau und wird wohl in den nächsten Jahren der weitere Ausbau der Straßen nicht nachlassen.

Die allgemeine gewerkschaftliche Situation hat sich dahin geändert, daß der größere Teil der Mitglieder höhere Unterstützungen verlangt und dafür auch höhere Beitragleistung offeriert. Diese Situation ist hervorgerufen worden durch die Konkurrenz der staatlichen Arbeitslosenkassen und ihren Unterstützungssätzen. Der Zentralvorstand trägt diesen Wünschen dadurch Rechnung, daß er im Dezember einen außerordentlichen Verbandstag einberuft.

Lohnabbau durchzudrücken gelang nur in einem kleinen Grabmalbetrieb; auf Grund der Uneinigkeit der Kollegen war das dem Unternehmer leicht. In allen übrigen Orten aber anerkennt man die feste Organisation und ihre Machtmittel. Daß bei dem noch im Bau befindlichen Völkerbundspalast in Genf mit 11 000 bis 12 000 Kubikmetern Natursteinen den Arbeitern mißliche Löhne aufgezwungen werden, ist eine Folge der vom Ausland kommenden Saisonarbeiter, die auf Grund ihrer mißlichen heimatlichen Existenzverhältnisse hierfür leicht zu haben sind. Die Arbeiten sind nun bis zum Frühjahr unterbrochen.

Schweden. Am 1. Januar 1931 zählte unser Verband 11 516 Mitglieder in 171 Sektionen, am 1. April 11 308 Mitglieder in 173 Sektionen und am 1. September 11 001 Mitglieder in 174 Abteilungen. Der Rückgang ist der schlechten Konjunktur in der Straßen- und Kantsteinindustrie zuzuschreiben. In diesen Berufsgruppen waren in normalen Zeiten stets 9000 Kollegen beschäftigt, in den letzten Monaten waren dort höchstens 1000 Mann in Arbeit. Aber auch jene, die arbeiten, sind nicht voll beschäftigt und kommen Familienväter im Monat auf nur 100 bis 120 Kronen Verdienst, während dies bei Ledigen nur 60 bis 80 Kronen ausmacht.

Die Arbeitslosigkeit war in folgendem Grade: Januar 48,8 Prozent, Februar 52,9 Prozent, März 44 Prozent, April 53,5 Prozent,

Mai 53 Prozent, Juni 52,5 Prozent, Juli 51,7 Prozent, August 53,5 Prozent der Mitglieder. Dabei sind die Mitglieder, die verkürzte Arbeitszeit haben, nicht mitgerechnet.

Größere Tarifbewegungen waren nicht, jedoch über die Auslegung der Tarife eine Menge Streitigkeiten, die allerdings alle beigelegt wurden.

Nur 20 Mitglieder waren in ernste Streitigkeiten verwickelt und mußten unterstützt werden.

Im August trat diese große und folgenschwere Konjunkturkatastrophe ein, die beinahe die ganze Straßen- und Kantsteinindustrie brachlegte. Es wurde vom Verbandsrat an die Regierung das Gesuch gestellt, es möchte der Staat selbst solche Arbeiten an die Hand nehmen. Dies gab Anlaß zu verschiedenen Verhandlungen im Reichstag, und es wurde schließlich von beiden Kammern einstimmig beschlossen, daß vom Staate für Kauf von Kleinstraßensteinen 3,5 Millionen Kronen übernommen werden sollen, die dann zu Wegebau verwendet werden. Mit dieser Produktion wurde am 1. Oktober begonnen und sind hierbei bereits 3300 Mann beschäftigt für die Dauer von 6 Monaten. Auch in anderen Berufsgruppen herrscht ein Mangel an Arbeit, der sich sehr fühlbar macht.

Belgien. Am 30. Juni betrug unsere Mitgliederzahl 22 844, zur Zeit dürfte die Zahl 23 000 überschritten sein. Im ersten Halbjahr verzeichnet der Verband Einnahmen total 1 362 623 Fr., wovon 728 772 Fr. für die Streikkasse und 5 000 051 Fr. für die Arbeitslosenkasse. Zahlungen wurden in gleicher Frist gemacht total 1 600 667 Fr., wovon 70 984 Fr. für Streiks und 1 409 640 Fr. für Arbeitslose. Der Landesindex am 15. Juni betrug 7,98, am 15. September 7,86.

Die Krise in der Kalk- und Zementindustrie dauert an, es hat sich ihr noch eine solche des Sandsteingewerbes beigesellt. Die Unternehmer dieser Industrie probieren mit allen Mitteln Lohnreduktionen durchzuführen. In der Porphyridustrie, dann auch in Lessines offerieren sie eine 19prozentige Lohnreduktion, obgleich der bestehende Arbeitsvertrag die Löhne nach den Indexveränderungen festgelegt und nicht mehr als 9 Prozent erlauben würde. Die Arbeiter werden solche Reduktionen nicht annehmen und wird das Schiedsgericht entscheiden. Der Vertrag im Kleingranit wurde bis 1. November verlängert, es handelt sich speziell um den in der Provinz Lüttich. Die Verträge in Soignies und Ecaussines bleiben unverändert. Der am 1. Februar 1928 begonnene Streik in Duchateau in Mevergnies ist noch nicht beendet.

Im Laufe des 3. Quartals hat sich die Tätigkeit in der Industrie des Kleinsteins und Porphyrs gut gehalten, schlimmer war dies in der Schieferindustrie (Provinz Luxemburg), wo wir einige Sektionen haben.

Unsere Arbeitslosenkasse bezieht immer noch Beiträge vom nationalen Krisenfonds.

Holland. Steinarbeiter. Die Wirtschaftskrise hat das Baugewerbe in Holland bis jetzt noch nicht ernsthaft berührt. Dadurch war auch in der Steinhauerei und Marmorbetriebe die Arbeitslosigkeit weniger schlimm, als man erwartet hatte. Die Tatsache, daß für Verkleidungen vielfach Steinmaterial von besonderen Farben von Architekten gewünscht werden, führte dazu, daß in fabrikmäßigen Betrieben Arbeit genug vorhanden war.

Jedoch wird die Auslandskonkurrenz immer schärfer, die Unternehmer klagen über Dumpingmethoden. Obgleich es uns noch nicht möglich war, die genauen Ursachen zu erforschen, müssen wir doch feststellen, daß verschiedene Arbeitsarten, die vorher immer im eigenen Land gemacht wurden, heute der Auslandskonkurrenz unterliegen. So macht sich denn auch im Steinmetzgewerbe Arbeitslosigkeit bemerkbar, wie dies in früheren Jahren nie der Fall war. Klagen können wir deshalb nicht, sind aber von Sorge um die Zukunft erfüllt.

England. Eine Veränderung in der Mitgliederzahl ist nicht eingetreten. Die Geschäftskonjunktur, speziell in den Brüchen für Straßensteine, war eine schlechte, sie zeitigte viele Ganz- und Teilarbeitslose. Es besteht allgemein Sparsystem.

Die meisten Arbeitsverträge laufen auf den 31. März 1932 ab. In den meisten Orten bestehen Abkommen, wonach die bestehenden Löhne noch für ein Jahr bleiben, während andere Orte schon Lohnreduktionen verzeichnen. Die meisten der letzteren Fälle werden dem Gewerblichen Schiedsgericht überwiesen, das bis heute meistens zu unseren Gunsten entschieden. Index = 45. Akkordtarife für Pflastersteinhauer bestehen nicht, es wird meistens nach Tonnen bezahlt, auch die Steinbrecher werden größtenteils nach dem Tonnengewicht der gebrochenen Steine bezahlt. Für die Zukunft besteht wenig Hoffnung auf Besserung.

Österreich. Der Mitgliederbestand am 1. Juli war 4705, gegenüber dem letzten Berichte ist eine kleine Steigerung zu verzeichnen. Die schon im Vorjahre gemeldete Arbeitslosigkeit und der Niedergang des Steinmetzgewerbes hat sich im letzten Halbjahre nicht gebessert, im Gegenteil, es ist uns passiert, daß Ende Juli unser größter Hartsteinbetrieb, und zwar die Mauthausner Granitwerke, fast zur Gänze eingestellt wurden und auf lange Sicht hinaus keine Möglichkeit besteht, daß dieser Betrieb wieder in Schwung kommt. Die Stilllegung der Mauthausner Werke bedeutet Arbeitslosigkeit für etwa 400 Steinmetzen.

Auch verschiedene Schotterwerke mußten wegen Mangel an Absatz geschlossen werden. Erst in letzter Zeit haben sich in Wien die Arbeitsmöglichkeiten für den Steinarbeiter etwas gebessert. Bis Ende Juni waren außerordentlich schlechte Verhältnisse anzutreffen, ausgedrückt am deutlichsten an dem großen Arbeitslosenstand — 40 Prozent —. Die lebhafteste Bautätigkeit und die bessere Beschäftigung in der Wiener Grabsteinindustrie gab vielen Steinarbeitern die Möglichkeit, in Arbeit treten zu können, so daß Ende der Berichtsperiode in Wien nur noch 15 Prozent arbeitslos waren. Trotzdem gelang es uns aber nicht, für die gesamte Wiener Steinindustrie einen Kollektivvertrag abzuschließen, da die Forderungen der Unternehmer, die einen allgemeinen Lohnabbau und die Einführung einer Akkordklausel verlangten, von den Steinarbeitern abgelehnt wurden. Es besteht derzeit in Wien mit der Genossenschaft der Marmor- und Grabsteinindustrie und dem Gehilfenausschuß der Steinarbeiter ein Genossenschaftsvertrag, dem 100 Gehilfen unterstehen. Des weiteren wurden mit drei großen Kunststeinfabriken Betriebsverträge abgeschlossen, für 200 Kollegen. Desgleichen wurden Verträge mit einigen kleinen Kunststeinfabriken und Steinmetzmeistern betätigt, die insgesamt 60 Arbeiter beschäftigen. Es arbeiten daher total 360 Steinarbeiter unter vertraglich geregelten Arbeitsverhältnissen in Wien. Den Vertrag, den wir mit dem Hauptverband der Industrie für Steinarbeiten abgeschlossen hatten, wurde im Sommer dieses Jahres von den Arbeitgebern gekündigt und es gelang uns nicht, einen neuen Vertrag zu erzwingen. Der Grund hierfür war die geschilderte Haltung der Unternehmer und das Ablehnen ihrer Forderungen durch die Gehilfen.

In der verfloßenen Berichtsperiode wurden verschiedene Lohnbewegungen für die Steinarbeiter durchgeführt, Streiks waren keine.

Aus der Statistik entnehmen wir 12 Bewegungen, wovon bei 7 ein Kollektivvertrag abgeschlossen wurde. Die Löhne der Steinmetzen in Wien betragen 1,40 bis 1,61 Schilling, der Schleifer 1,23 bis 1,55 Schilling, der Hilfsarbeiter — 97 bis 1,19 Schill. Bei den Pflasterern in Salzburg werden bezahlt: für Pflasterer 1,85 Schilling, Rammer 1,20 Schilling und Hilfsarbeiter 1,10 Schilling.

Internationales Steinarbeiter-Sekretariat
Rob. Kolb, Zürich.

Stand der Betriebszellenbewegung. Das Organ der „Christlichen Gewerkschaften“, „Der Deutsche“, veröffentlicht in Nr. 256 vom 5. November 1931 eine Übersicht über die Erfolge der einzelnen gewerkschaftlichen und sonstigen Gruppen bei den Betriebsratswahlen. Zu Grunde gelegt sind die Ergebnisse von 1921 Betrieben aus allen Teilen Deutschlands, in denen im Frühjahr d. J. insgesamt 10 515 Arbeiterratmitglieder gewählt wurden. Davon entfielen auf die Freien Gewerkschaften 7442 Mandate = 70,82 Prozent, auf die NSDAP-Listen 132 Mandate = 1,26 Prozent. In 325 Großbetrieben mit mehr als je 200 Arbeitern entfielen auf insgesamt 3407 Mandaten 2297 = 67,42 Prozent auf die Freien Gewerkschaften und nur 53 = 1,55 Prozent auf die Nationalsozialisten.

Was ist ein „krisenfeindlicher Arbeiter“? Der deutsche Reichsfinanzminister kam in einer Rede in Darmstadt auf die sozialen Probleme zu sprechen. Er sagte dabei: „Wir müssen daran denken, eine Entwicklung herbeizuführen, bei der wir einen krisenfeindlichen Arbeiter schaffen, d. h. einen Arbeiter, den der Verlust der Arbeitsstelle nicht sofort heillos und mittellos macht, einen Mann mit einem eigenen Häuschen und so viel Land, daß er darauf einen erheblichen Teil seines eigenen Bedarfs produzieren kann.“ Das hört sich so ähnlich an, wie die Floskel des gewesenen deutschen Kaisers, der darauf hinstreben wollte, daß jeder deutsche Arbeiter Sonntags ein Hühn im Topfe habe. Weder das eine noch das andere ist bisher eingetroffen. Sollen wir weiter hoffen oder sollen wir uns lieber selbst helfen?

Verzinsung bis zu 80 v. H. Das große Mißtrauen am internationalen Geldmarkt hat geradezu phantastische Renditen zur Folge gehabt. Die in New York gehandelten Auslandsanleihen zugrunde gelegt, ergeben sich Verzinsungen bis über 80 v. H. Die USA-Anleihen haben eine Verzinsung von 4,85 Prozent. Es folgt die Schweiz mit 5,45, Schweden mit 5,87 usw. Die Papiere der Tschechoslowakei erbringen eine Verzinsung von 8,29 Prozent, die Desterreichs 13,88, die Deutschlands 16,86 bis hinauf zu den Anleihen Italiens mit einer Verzinsung von 80,20 Prozent. Geldleute könnten also enorme Verdienste erzielen, wenn das Vertrauen wiederkehrte und die Anleihen sicher wären.

Nur 579 Großenrentner? Im Haushaltsauschuß gab der Reichsfinanzminister Dietrich bekannt, daß heute nach einer zweimaligen Kürzung noch 579 Personen eine Pension beziehen, die den Betrag von 12 000 Mark übersteigt. Diese aufgeführten Pensionen über 12 000 Mark werden an Personen aus der alten und neuen Wehrmacht, der Reichspost, der Reichsbahn und der Reichsbehörden gezahlt. Nicht aufgeführt sind die Pensionen, die an ehemalige Gemeindebedienstete bezahlt werden. Die Zahl der Großenrentner aus der privaten Wirtschaft dürfte unseres Erachtens nicht gering sein. Sehr viele Personen mit hohen Pensionen haben nicht geringe Nebeneinkommen, die bei der ganzen Frage ebenfalls berücksichtigt werden müssen. Jedenfalls steht es fest, daß es in Deutschland sehr viel Personen gibt, die über ein gutes Einkommen verfügen.

Ueber 30 000 Gesetze und Verordnungen. Ueber das deutsche Volk ist nach dem Kriege eine wahre Flut von Gesetzen und Verordnungen ausgeschüttet worden. Derzeit sind in Deutschland etwa 8000 Reichsgesetze gültig. Des ferneren geht aus einer amtlichen Zusammenstellung hervor, daß seit Kriegsende in nachstehenden Ländern an Gesetzen, Gesetzesänderungen und Verordnungen erlassen sind: in Braunschweig 1700, Oldenburg 1777, Lippe 1189, Schaumburg-Lippe 1019, Bremen 1901 Gesetze, außerdem 1376 Bekanntmachungen der Behörden, Hamburg 4942, Preußen 3250 Gesetze, Verordnungen und Erlasse. Wenn man dazu die Gesetze der süddeutschen Länder nimmt, so ergibt sich eine Zahl von mehr als 30 000 gültigen Gesetzen, Bekanntmachungen und Verordnungen.

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen Bezirken und Gauen

- Veranstaltungen:**
- Sonabend, 5. Dezember.
 - In Spandau um 18 Uhr bei Höpfner, Pichelsdorfer Straße 5. Erwerbsslofenkarte (alte und neue) sowie Verbandsbuch mitbringen.
 - Sonntag, 6. Dezember.
 - In Rawaldau (Zahlstelle Grünberg) um 14 Uhr bei Walter.
 - Dienstag, 8. Dezember.
 - In Wiesbaden um 17 Uhr im Volkshaus, Wallwischstraße.
 - Sonabend, 12. Dezember.
 - In München um 19 Uhr im Nebenzimmer des Gewerkschaftshauses.
 - Sonntag, 13. Dezember.
 - In Potsdam um 9 Uhr im Volkshaus.
 - In Hirschberg um 14 Uhr in der alten Hoffnung. Mitgliedsbuch mitbringen; Auszahlung der Wohlfahrtsgelder.
 - Montag, 14. Dezember.
 - In Dresden um 17 Uhr, alle Branchen im Volkshaus.
 - Sonntag, 20. Dezember.
 - In Berlin, Steinschlager um 10 Uhr bei Sorgatz, Uferstraße 12. Mitgliedsbuch mitbringen.
 - Steinfeker und Berufsingenoss, 3. Gau. Landeskonferenz in Zwickau. Zeit und Tagesordnung werden den Zahlstellen noch durch Rundschreiben von der Gauleitung mitgeteilt.

Schwarzenbach a. Saale. Die Firma Morgeneier & Schönerer hier am Ort mietet den Steinarbeitern zu 28 Prozent unter Tarif zu arbeiten. Dort Streik! Kein Kollege werde zum Streikbrecher.

Derliche Reiseunterstützung wird nicht mehr gezahlt in: Dessau, Bauen.

Kavlsruhe. Die arbeitslosen Mitglieder der Zahlstelle erhalten eine Beihilfe aus der örtlichen Kasse. Die Höhe wird noch bestimmt! Die Arbeitslosen werden gebeten, sich bis zum 15. Dezember mit Mitgliedsbuch und sonstigen Unterlagen beim Kassierer, Kollegen Joh. Dörr, Bernhardtstraße 4, zu melden. Rückständige Beiträge werden mit der Beihilfe ausgeglichen.

Magdeburg. Die Auszahlung der Wohlfahrtsgelder für den Innungsbezirk erfolgt am 13. Dezember, von 9 bis 17 Uhr, im Restaurant Amtsgericht, Magdeburg-Neustadt, Moritzstraße, gegen Vorlegung des Verbandsbuches. Die Auszahlungszeit muß eingehalten werden; bis zum 15. Dezember nicht abgeholte Gelder verfassen der Wohlfahrtskasse.

Verlorene Mitgliedsausweise: In Jakubowitz das Verbandsbuch Nr. 7821 für Bruno Marek, Kammer.

Adressenänderungen

- 7. Gau: Nibling, Bad. Vorf.: E. Wieser, Willinger Str. 358. Kass.: Johann Gruber, Am Viehl, Haus 291.
- 10. Gau: Regenborn (Kr. Holzjinden). Vorf. u. Kass.: Karl Schmidt.

Dabei befinden sich Gesetze, die ein Leben von Hunderten von Jahren haben. Und in diesem Paragrafengebüsch soll sich nun der Bürger zurechtfinden! Es ist an der Zeit, mit diesen Ueberwucherungen der Gesetze und Verordnungen gründlich aufzuräumen.

Das größte Goldgewinnungsland für Aufgabe des Goldstandards. Wenn immer mehr Länder dazu übergehen, sich vom Goldstandard zu lösen, so sollte man annehmen, daß das größte Goldgewinnungsland der Welt an derartige Maßnahmen zuerst denkt. Daß dies nicht der Fall ist, zeigt folgende Notiz des „Deutschen Volkswirt“ Nr. 8:

„Südafrika, das Goldgewinnungsland der Welt, mit einem Anteil von mehr als 60 Prozent an der Weltförderung, berät über die Aufgabe des Goldstandards. Die stärksten Befürworter dieser Maßnahme sind die Goldproduzenten selbst: sie sind an der Beibehaltung der Goldwährung in anderen Ländern, aber nicht im eigenen Land interessiert. Ihre Versammlung fordert einstimmig, daß der Wert des südafrikanischen Pfundes an den des englischen Pfundes geknüpft werden soll: Zwischen den beiden Ländern besteht eine wirtschaftliche und finanzielle Beziehung unnerträglich. Hinter diesem politisch interessanten Argument steht natürlich, kaum verborgen, das Streben nach eigener Bereicherung: Für die südafrikanischen Goldproduzenten würde die Entwertung des südafrikanischen Pfundes eine Herabsetzung der Löhne, und damit des weitaus wichtigsten Kostenelements bei unverändertem Erlös bedeuten. Die Goldindustrie, die einzige in der Welt, die ihre Kapazität auch in der Depression voll ausnützen kann und keine Senkung der (Gold-)Preise zu befürchten hat (aber in den letzten Jahren von einer Steigerung der Kaufkraft ihrer Erlöse profitieren konnte), klagt über überhöhte Löhne.“

Die Unternehmer sind doch in jedem Erdteil gleich. Inkonsequent bis zum letzten, sind sie zwecks Senkung der Lohnsätze bereit, alle nur erdenklichen Maßnahmen in Erwägung zu ziehen.

Das „Wirtschaftsprogramm“ von Borheim

Das Dokument, das bei den Führern der heftigen Nationalsozialisten gefunden wurde, enthält als Kernstück ein „Wirtschaftsprogramm“, wie es gewissenloser und wahnwitziger noch nicht aufgestellt wurde. Wenn nach diesem „Wirtschaftsprogramm“ im Dritten Reich regiert werden soll, dann wird die Arbeiterchaft wirtschaftlich vollkommen entrechtet. Die Sklaverei, die man überwinden glaubte, führt dieses „Wirtschaftsprogramm“ wieder ein. Nicht nur, daß Streikende ohne Verhör und Prozeß sofort erschossen werden, sondern der Arbeiter erhält auch keinen Lohn mehr. Die Einteilung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln ist noch ideenloser und verrückter. In dem „Dritten Reich“ haben danach die Arbeiter überhaupt keine Rechte mehr. Rechte besitzt nur noch die SA und das Unternehmertum, dessen Eigentum, wie ausdrücklich vermerkt ist, nicht angetührt wird.

Die Nationalsozialisten haben bisher ihr offizielles Programm nicht bekanntgegeben. Wenn man sich aber dieses „Wirtschaftsprogramm“ von Borheim“ ansieht, dann weiß man, warum sie geschwiegen haben. Neben der Arbeiterchaft wird auch der Mittelstand, der bei den Wahlen die Nazis in den Sattel gehoben hat, vollkommen entrechtet. Ein Aufschrei der Empörung muß jetzt durch alle diese Kreise gehen, wenn sie dieses wahnwitzige „Wirtschaftsprogramm“ zu Gesicht bekommen.

Mit dem Inkrafttreten des Programms würde mit einem Schlage jeder Geldverkehr, jeder Handel, kurzum, jeder Pulsschlag der Wirtschaft aufhören. Alle Lebensmittel stehen zur Verfügung der Führung der SA. Jeder muß auf Aufforderung seine Lebensmittel unentgeltlich abliefern, also auch der Landwirt und der Händler. Der Handel wird vollkommen vernichtet. Jeder Verkauf und jede tauschweise Veräußerung von Lebensmitteln ist verboten. Zuwiderhandlungen werden mit dem Tode bestraft. Dies muß man den Bauern sagen, die bisher immer Nazis gewählt haben. Die Bürgermeistereien sollen eine Aufstellung über die zu Ernährenden anfertigen. Die Ausgabe von Lebensmitteln erfolgt nur gegen Karten.

Der Arbeiter, die Angestellten und die Beamten bekommen keinen Lohn und keinen Gehalt mehr. Sie erhalten nur Karten, auf die sie Lebensmittel und andere Waren beziehen können. Es heißt in dem Programm: „Als Nahrungsmittel kommen in großen Mengen nur in Frage: Brot, Kartoffeln, Fleisch, Butter, evtl. auch Erbsen und Bohnen.“ Als Tagesration für einen erwachsenen und arbeitenden Menschen wird festgelegt: Ein Pfund Brot, zwei Pfund Kartoffeln, ein halbes Pfund Fleisch, 100 Gramm Butter oder Fett. Für hundert Menschen wird errechnet: Ein Zentner Brot, zwei Zentner Kartoffeln, 10 Kilogramm Butter, 25 Kilogramm Fleisch oder Wurst, 25 Kilogramm Bohnen und Erbsen.

Man will also das wieder einführen, was wir während des Krieges in Deutschland gehabt haben. Die Lebensmittelkarte, was gleichbedeutend ist mit stundenlangem Anstehen vor den Verteilungsstellen. Die Einfuhr von Lebensmitteln aus dem Ausland nach Deutschland soll unterbunden werden. Die deutsche Bevölkerung soll sich von den heimischen Erzeugnissen ernähren. Den nationalsozialistischen „Volkswirtschaftlern“ ist nicht bekannt, daß von den deutschen Bodenerzeugnissen nur 60 Prozent der deutschen Bevölkerung leben können. Das Programm eingeführt, würde darauf hinauslaufen, daß die breite Masse der städtischen Bevölkerung buchstäblich verhungern müßte. Man müßte weiter einen riesigen Behördenapparat aufziehen, um diese Zwangsbewirtschaftung durchzuführen zu können. Was aus den Arbeitern wird, kann man sich nach diesem „Wirtschaftsprogramm“ an fünf Fingern abzählen. Lohn erhalten sie nicht mehr, der Achtstundentag wird abgeschafft, das Streikrecht wird aufgehoben, Unterstützung im Falle der Arbeitslosigkeit gibt es nicht mehr. Diejenigen Arbeiter, die sich dagegen auflehnen, werden auf der Stelle erschossen.

Eingeführt wird die sogenannte „nationale Arbeitsdienstpflcht“. Die Arbeiter werden zur Arbeit kommandiert, sie müssen jede Arbeit annehmen, die sie von der Führung der SA zugewiesen bekommen. Die Führung bestimmt auch, wann die Arbeitszeit beginnt und wann sie aufhört. Der Willkür der Führung ist also ein breiter Spielraum gelassen. Unliebame Elemente, besser gesagt, „Marxisten“, werden unter scharfer Kontrolle genommen. Den Sparern werden die Spargroschen genommen und den Rentenbezieher ihre Renten. Ueber die Alters-, Invaliden-, Unfall- und Krankenversicherung wird in dem Dokument nichts gesagt, man kann sich aber vorstellen, was daraus wird, wenn der Arbeiter keinen Lohn und die Angestellten kein Gehalt mehr bekommen. Damit fällt die Beitragszahlung zu diesen Versicherungseinrichtungen fort, was die Zerstückelung dieser bereits unter Wilhelm II. eingeführten Sozialeinrichtungen bedeutet. Arbeitslosenunterstützung gibt es selbstverständlich nicht mehr.

Dieses „Wirtschaftsprogramm“ ist das Produkt nationalsozialistischer Führer. Es grenzt an Wahnwitz! Selbst bürokratische Zeitungen haben ein vernichtendes Urteil darüber gefällt. Der „Berliner Lokalanzeiger“ schreibt: „Die Vorschriften, die über die Lebensmittelversorgung und über die privaten Einkommen vorgehen sind, sind derartig dilettantisch, daß man sich nicht vorstellen kann, irgendein Kreis von Politikern wolle tatsächlich vorkommenfalls nach diesem Dokument regieren.“ Die „Germania“ erklärt, daß die Einführung dieses „Wirtschaftsprogramms“ das wirtschaftliche Chaos herbeiführen würde. Die „Kreuzzeitung“ hält dieses „Wirtschaftsprogramm“ für ein Produkt unzurechnungsfähiger Menschen.

Tatsächlich muten die Bestimmungen dieses „Wirtschaftsprogramms“ wie ein Produkt wahnwitziger Menschen an. Männer, die sich ein klein wenig mit wirtschaftlichen Dingen beschäftigt haben, können unmöglich annehmen, daß auf solche Art und Weise wirtschaftliche Fragen gelöst werden. Nur in einem finden sich die nationalsozialistischen Strategen zurecht, nämlich im Erschießen. Aber es ist gut, daß dieses Dokument gefunden worden ist. Jetzt weiß man wenigstens, wie das Braune Haus in München Deutschland regieren will. Es ist Zeit, daß sich die Republikaner aufraffen.

Anzeigen

Auszahlung der Wohlfahrtsgelder

Tarifbezirk Groß-Berlin und Brandenburg

Für den Innenbezirk erfolgt die Auszahlung im Gewerkschaftshaus, ab 17.30 Uhr, und zwar:
Steinssetzer A—K: Dienstag, 8. Dezember.
L—Z: Mittwoch, 9. Dezember.

Rammer: Montag, 14. Dezember.
Hilfsarbeiter: Dienstag, 15. Dezember.

Caputh: Sonnabend, 5. Dezember.
Spandau-Nauen: Sonnabend, 5. Dezember, um 18 Uhr bei Höpfner, Pichelsdorfer Str. 5.

Schöneberg, Steglitz, Friedenau, Wilmersdorf, Zehlendorf, Lichterfelde, Tempelhof, Mariendorf, Teltow, Lankwitz, Südde, Marienfelde, Stahnsdorf, Machnow, Ruhlsdorf: am Sonntag, 6. Dezember, ab 10 Uhr, bei Schellhase, Steglitz, Ahornstr. 15a.

Charlottenburg: Sonnabend, 12. Dezember, ab 18 Uhr, bei Röhrig, Schloßstr. 45.

Potsdam, Bornim, Nowawes, Bornstedt und Werder: am Sonntag, dem 13. Dezember, 10 Uhr, Volkshaus, Mühlberggrotte.

Neukölln, Britz, Rudow, Buckow: Sonntag, 13. Dezember, A—K: von 10—12 Uhr, L—Z: von 12—14 Uhr bei Richter, Prinz-Handjery-Str. 3.

Michendorf, Saarmund, Seddin, Rehbrücke: Sonntag, 13. Dezember.

Niederschönhausen, Pankow, Blankenfelde, Wilhelmsruh: Sonnabend, 19. Dezember, ab 18 Uhr bei Reichert, Niederschönhausen, Waldstr. 66.

Köpenick, Adlershof, Grünau, Friedrichshagen, Oberschöneweide, Johannisthal, Eichwalde, Bohnsdorf, Zeuthen, Miersdorf, Schulzendorf, Wildau: Sonntag, 20. Dezember, ab 10 Uhr bei Waldau, Köpenick, Berliner Str. 19.

Steinhauer: Sonntag, 20. Dezember, ab 10 Uhr, bei Sorgatz, Uferstr. 12.

Die invaliden Kollegen kommen am Mittwoch, 16. Dezember, von 9—12 und von 15—18 Uhr ins Verbandsbüro.

Den Zahlstellen Fürstenwalde, Kremmen, Freienwalde, Luckenwalde und Brandenburg werden die Wohlfahrtsgelder an die zuständigen Kassierer durch die Bank überwiesen.

Wohlfahrtsgelder, die bis zum 23. Dezember nicht abgehoben sind, werden laut Beschluß der Verwaltungskommission dem besonderen Unterstützungsfonds überwiesen.

Bei der Auszahlung sind die Mitgliedsbücher vorzulegen! Wegen Auszahlung des Wohlfahrtsgeldes ist das Verbandsbüro vom 7. bis 15. Dezember ab 12 Uhr geschlossen.

BERLIN

Alle Mitglieder der Zahlstelle, die im Jahre 1931 nicht mehr als 15 Wochen gearbeitet haben, erhalten als Weihnachtsunterstützung aus der Lokalkasse:

Verheiratete 12 Mark; Ledige 10 Mark.

Die Auszahlung erfolgt am:

- 18. Dezember an Mitglieder, deren Name mit A bis G beginnt, von 9 bis 13 und 15 bis 18 Uhr;
- 19. Dezember H bis K von 9 bis 14 Uhr;
- 21. Dezember L bis R von 9 bis 13 und 15 bis 18 Uhr;
- 22. Dezember S bis Z von 9 bis 13 und 15 bis 18 Uhr.

Alle Kollegen werden dringend gebeten, nur an den vorstehend vermerkten Tagen zur Auszahlung zu kommen, weil sonst geordnete Auszahlung nicht möglich ist.

Verbandsbuch, Stempelkarte und Krankenbescheinigung sind vorzulegen.

Seit 10 Jahren Spezialanfertiger. **Steinbruchschuhe handgebunden.** Garantie für jedes Paar. hochwertige Qualität. reelle Beliefer. **M 14.75 portofr.**



Nichtgefall. gegen Betrag zurück.

Herrn Weibers Berufsschuhwerk Bad Godersberg

Die Bezugsquelle für alle des In- und Auslandes ist für jeden unserer Berufskollegen und seinen Angehörigen die **Verlagsgesellschaft des Allgem. deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14, Inselstraße 6a.** Man wende sich deshalb im Bedarfsfalle vertrauensvoll an die genannte Adresse.

Steinarbeiterhosen aus III-Drahlleder mit 12er Schuß u. Ledertaschen 11,50 Mk., aus II-Drahlleder 8.— und 6.— Mk., **Mauersocken** 1,10 Mk. **Echt Lindner-Manchesterhosen** Qual. I 15.—, II 11,50, III 10.— Mk. vers. n. Maß b. Bestellung von 20 Mk. frei Haus, Preisliste u. Muster gratis. **Emil Hohlfeldt, Dresden 6, Ritterstr. 2** (Spezialfabrik für Berufskleidung)

Pflasterhämmer aus bestem Schweisstab. **Rammen, Brechzeuge** und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefern auch nach außerhalb. **Otto Teske, Berlin N 31, Brunnenstraße 82**

Gestorben

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

- Steele. Am 24. Oktober der Brecher Giovanni de Lenart, 40 Jahre alt, 11 Monate krank, Staublunge.
- Büchberg. Am 5. November der Granitsteinmetz Jakob Plettli, 50 Jahre alt, 3 Wochen krank, Lungentuberkulose.
- Stendal. Am 7. November der Hilfsarbeiter Adolf Borstel, 79 Jahre alt, Altersschwäche.
- Sohland (Spre). Am 12. November der Granitsteinmetz Paul Waurisch, 50 Jahre alt, 2 Jahre krank, Magenkrebs.
- Strehlen. Am 14. November der Pfistersteinmacher Max Wagner, 49 Jahre alt, tödlicher Unglücksfall.
- Waldenburg. Am 16. November der Schachtmeister Max Raddatz, 35 Jahre alt, Gehirnschlag.
- Berlin. Am 23. November der Sandsteinmetz Hermann Marquardt, 61 Jahre alt, 7 Jahre krank, Staublunge.
- Hannover. Am 23. November der Hilfsarbeiter Robert Boldin, 42 Jahre alt, 10 Tage krank, Magenoperation.
- Wiesbaden. Am 23. November der Sandsteinmetz Karl Seifert, 50 Jahre alt, 9 Jahre krank, Staublunge.
- Häslcht. Am 24. November der Brecher Franz Stumpe, 63 Jahre alt, Schlaganfall.

EHRE IHREM ANDENKEN

Tagung des Bundesausschusses des ADGB

Am 25. November 1931 trat der Bundesausschuss des ADGB im Berliner Gewerkschaftshaus zu seiner zweiten Tagung zusammen...

Grafmann, der mit Eggert den ADGB im Wirtschaftsbeirat vertreten hat, gab dann in großen Zügen einen Bericht über die Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates...

Anschließend ergänzte Eggert den Bericht Grafmanns durch folgende Ausführungen. Zum Verständnis der Verhandlungen im Wirtschaftsbeirat muß die gesamte wirtschafts-, finanz- und reparationspolitische Situation Deutschlands berücksichtigt werden...

Die Regierung schätz den Anteil der Löhne und Gehälter am Sozialprodukt auf 70 v. H. Nicht nur in der Konsumindustrie, auch in der Produktionsindustrie mangelte es an Absatz...

Der Kampf der Gewerkschaften geht um die Erhaltung und Steigerung des Reallohnes. Bis zu einem gewissen Stadium der Verhandlungen schien auch bei manchen Persönlichkeiten der gegnerischen Seite Verständnis für diese Aufgabe zu bestehen...

Von einem bestimmten Zeitpunkt der Beratungen an wurde die Grundlage der Aussprache im Wirtschaftsbeirat verschoben. Es stand nicht mehr zur Diskussion, ob, sondern wie die Löhne gesenkt werden könnten...

Die Kontroversen im Wirtschaftsbeirat haben gezeigt, daß die Anwesenheit der Vertreter des ADGB zur Abwehr der Unternehmerrpläne notwendig gewesen ist.

In den Ausführungen, mit denen Leipart die Aussprache eröffnete, wies er darauf hin, daß der Bundesvorstand sich nur unter schweren Bedenken zur Teilnahme an den Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates entschlossen habe...

Die Aussprache wurde eingeleitet durch einen kurzen Bericht eines Mitgliedes des Vorstandes der Reichstagsfraktion über die Verhandlungen des Fraktionsvorstandes mit Brüning. In der Aussprache wurde anerkannt, daß die Vertreter des Bundesvorstandes den Standpunkt der Gewerkschaften mit Entschiedenheit vertreten haben...

In diesem Zusammenhang wurde von verschiedenen Verbandsvertretern darauf hingewiesen, daß eine Reihe von Teilkreisen, die unter gewerkschaftlicher Führung in der letzten Zeit durchgeführt worden sind, deutlich zeigen, daß die Gewerkschaften keineswegs gesonnen sind, auch unter den gegenwärtigen Umständen auf das letzte Kampfmittel zu verzichten.

Die von der Regierung gezogenen Schlussfolgerungen aus den Beratungen des Wirtschaftsbeirates sind eine einseitige Wiederholung der Ansichten der Unternehmer. Diese Ansichten hat die Regierung sich zu eigen gemacht. Eine Senkung der überhöhten Preise muß ohne Lohnsenkung durchgeführt werden...

Die Handhabung der Verbindlichkeitsklärung, die heute üblich ist, läuft glatt darauf hinaus, die Gewerkschaften in den Fällen zu binden, in denen sie stark genug wären, einen Angriff auf den Lohn abzuwehren...

Umständen darf sich die Regierung dazu hergeben, den Unternehmern zu einem Vorgehen gegen bestehende Verträge den Weg zu ebnen, wenn diese geltend machen, daß die Veränderung der Geschäftsgrundlagen eine Aenderung der Verträge bedingen.

Die Aussprache ergab, daß die Vertreter der Verbände der einmütigen Überzeugung sind, daß der von der Regierung in der Erklärung des Reichstanzlers vorgezeichnete Weg unter keinen Umständen beschritten werden darf.

Die von der Regierung gezogenen Schlussfolgerungen aus den Beratungen des Wirtschaftsbeirates geben einseitig die von den Unternehmern vertretenen Ansichten wieder. Sie entsprechen nicht dem Notstand des Arbeitsmarktes und der Wirtschaft.

Die Regierung gibt sich noch immer der Täuschung hin, durch Lohn- und Preisentzug eine Entspannung auf dem Binnenmarkt zu erzielen und die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf den Auslandsmärkten zu steigern.

Die Gewerkschaften haben von jeher den künstlichen Preisanstieg durch Hochschußzölle, Kartellbindungen und ähnliche Mittel bekämpft. Der Abbau solcher künstlich überhöhten Preise kann und muß ohne Lohnsenkung erzwungen werden.

Welche Aufgaben hat u. a. die gesetzliche Betriebsvertretung in der Natursteinindustrie und im Steinstraßenbau?

Der Absatz 8 im § 66 des Betriebsrätegesetzes sagt darüber: „... auf die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren im Betriebe zu achten, — die Gewerbe-Aufsichtsbeamten und die sonstigen in Betracht kommenden Stellen bei dieser Bekämpfung durch Anregungen, Beratung und Auskunft zu unterstützen, — sowie auf die Durchführung der gewerbepolizeilichen Bestimmungen und der Unfallverhütungsvorschriften hinzuwirken.“

Diese Tätigkeit eines Betriebsrates oder Betriebsobmannes in den Betrieben der Steingewinnung und der Steinbearbeitung und im Steinstraßenbau energisch herangezogen, vermindert die unheilvollen Folgen der Berufsgefahren.

Es hat sich als völlig vergeblich erwiesen, die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Auslande durch weitere Lohnsenkungen steigern zu wollen. Jede Lohnsenkung wird — wie die Erfahrungen zeigen — vom Auslande sofort als Lohndumping mit weiteren Abwehrmaßnahmen beantwortet.

Das Einkommen der Arbeiterschaft ist auf der ganzen Linie in einem Maße gesunken, daß nicht nur die Existenz der Arbeiter, sondern auch die Qualität der Arbeit ernsthaft bedroht sind. Damit steht zugleich die Zukunft der deutschen Wirtschaft in Gefahr, weil bei Hungerlöhnen keine Qualitätsarbeit mehr möglich ist.

Der Bundesausschuss erhebt deswegen entschlossensten Protest gegen die offensündige Absicht der Reichsregierung, die Kaufkraft der breiten Massen noch weiter zu schwächen. Er protestiert mit derselben Entschiedenheit gegen alle Absichten, an den rechtlichen Grundlagen des kollektiven Arbeitsrechtes zu rütteln oder im Wege der Notverordnung in die Tarifverträge einzugreifen.

Anschließend nahm der Bundesausschuss zu der geplanten Aufhebung des Verbotes der Nachtarbeit in den Bäckereien in folgender Entschliebung Stellung:

„Der Bundesausschuss des ADGB erhebt in letzter Stunde schärfsten Protest gegen die von der Reichsregierung geplante Aufhebung des Verbotes der Nachtarbeit in den Bäckereien.“

Durch die Zulassung der Nachtarbeit in wenigen Großbäckereien, die für die gesamte Brotproduktion ohne Bedeutung sind, weil über 90 v. H. der Brotverjorgung von den Mittel- und Kleinbäckereien erfolgt, kann, wie einwandfrei und unwidersprochen nachgewiesen worden ist, keine Senkung des Brotpreises erfolgen. Nicht durch die Zertrümmerung eines hochwertigen Arbeitsgesetzes kann eine Preisermäßigung für Brot erreicht werden, sondern durch die Herabsetzung der überhöhten Zölle auf Brotgetreide.“

Dann entwickelte sich die Debatte über die zu erwartende Notverordnung zu einer Aussprache über die politischen Konsequenzen, die sich ergeben könnten, wenn die Regierung fortfährt, die Lasten aus der Krise einseitig und unbegrenzt der Arbeiterschaft aufzuerlegen. In einer Reihe von Reden kommt zum Ausdruck, daß der Zeitpunkt nicht mehr fern scheint, in dem die Haltung der Arbeiterbewegung nur noch bestimmt sein kann von dem Bestreben, das bisher unerlöschte Vertrauen ihrer Gefolgschaft auch für fernere Zeit sich zu erhalten.

Der Bundesausschuss wendet sich darauf dem zweiten Punkt seiner Tagesordnung zu. Den Bericht über die Lage der Sozialversicherung in der Krise erstattet Kollege Welker. Was hier vorgehe, sei nur eine Ergänzung zu den Folgen, die unter dem ersten Punkt der Beratungen erörtert worden seien: Auch hier Abbau sozialer Rechte, auch hier Einschränkung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft! Ueber die Pläne der Reichsregierung in der Sozialversicherung bestehe noch keine volle Klarheit. Eine Aenderung in der Krankenversicherung und Angestelltenversicherung sei — nach den bisher vorliegenden Informationen — nicht zu erwarten. Dagegen plane man dem Anscheine nach eine „Reinigung“ in den Leistungen der Unfallversicherung und Invalidenversicherung. Außer dem Leistungsabbau sei eine organisatorische Reform in Vorbereitung. Bei der Unfallversicherung solle der Leistungsabbau anscheinend in der Beilegung der kleineren Renten bestehen. Die Finanzverhältnisse der Invalidenversicherung seien äußerst schwierig. Bei normaler Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben wäre 1935 eine Sanierung der Invalidenversicherung notwendig geworden. 1930 sei jedoch in der Beitragsentnahme ein Ausfall in Höhe eines Drittels der Renteneinnahmen eingetreten. Dazu seien andere Einnahmeverluste gekommen. Dennoch bietet die Vermögenslage der Invalidenversicherung keinen Anlaß, eine Sanierung überürzt vorzunehmen. In den Kreisen der Bürokratie sei jedoch das Bestreben vorhanden, die Sanierung jetzt auf dem Wege der Rentenkürzung durchzuführen. Die gegenwärtige Zeit erlaube diesen Kreisen günstig für eine Verschlechterung der Leistungen. Die Gewerkschaften können dazu nicht stillschweigen. Sie müssen verlangen, daß die Sanierung auf dem Wege der Rentenkürzung in dieser

schwierigen Zeit unterbleibt. Die Not der Vermissten des Volkes dürfe keine neue, durch nichts gerechtfertigte Verschärfung erfahren.

Folgende vom Bundesvorstand vorgelegte Entschliebung wurde einstimmig angenommen:

„Der Bundesausschuss weist erneut auf die schwierige Lage der Invaliden- und Unfallversicherung hin, deren finanzielle Grundlagen teils infolge der durch die Arbeitsmarktkrise verursachten Einnahmefälle, teils durch den Ausfall der zugesicherten Reichszuschüsse erschüttert sind. Insbesondere die Invalidenversicherung ist durch das Ausbleiben der in der lex Brüning zugelagten Mittel, durch die Zahlung der Reichszuschüsse, in zur Zeit unverwertbaren Schahanweisungen und durch festgefrorene Kredite an Reich, Länder und Gemeindeverbände in ihrer Leistungsfähigkeit auf das schärfste beeinträchtigt. Es wäre ein gewaltiges Unrecht an der Arbeiterschaft, wolle man diese Notlage, die die Versicherungsträger unverkündet trifft, dazu ausnützen, den Wünschen der Unternehmer nachzugeben und die heute schon völlig unzulänglichen Versicherungsleistungen abzubauen. Der Staat, der für die Sanierung privater Unternehmungen eintritt, hat die Pflicht, in dieser Krise auch der Sozialversicherung Hilfe zu gewähren. Die akuten Schwierigkeiten der Invalidenversicherung wären dadurch zu beheben, daß Reich, Länder und Gemeindeverbände ihre schuldnerischen Verpflichtungen gegenüber den Versicherungsanstalten erfüllen.“

Eine Reform der Sozialversicherung im Sinne einer organisatorischen Verbesserung und Vereinfachung erachtet auch der Bundesausschuss für notwendig. Diese Reform muß aber auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung durchgeführt werden. Dagegen warnt der Bundesausschuss dringend davor, einen Leistungsabbau auf dem Wege der Notverordnung durchzuführen. Eine solche wiederum einseitig auf Kosten der Arbeiterschaft getroffene Maßnahme müßte dem einmütigen Widerstande der Gewerkschaften begegnen.“

Kollege Leipart teilt dann mit, daß der Verband der Friseur e mit dem Gesamtverband Verhandlungen über seinen Anschluß geführt hat. Die Verhandlungen sind soweit gediehen, daß ihr Ergebnis den Mitgliedern des Friseurverbandes in einer Urabstimmung vorgelegt werden kann.

Zu Revisoren für die Bundestasse wählte alsdann der Bundesausschuss die Kollegen B a d e r t, H a a s und M ü n t z e r.

Das Ei des Kolumbus

Als vor einigen Jahrhunderten, so entnehmen wir einem Artikel des amerikanischen Geschäftsmannes Edward A. Filene, die Menschen von schrecklichen Seuchen wie gelbes Fieber, Pocken, Cholera und Pest heimgesucht wurden, da gab es viele gute und ehrfame Leute, die behaupteten, daß diese Seuchen von Hexen verschuldet seien. Diese Leute meinten, daß die Hexen dafür bestraft werden müßten und sie hatten auch manchmal den Erfolg, diese „Feinde der Menschheit“ verbrannt oder gesteinigt zu sehen. Trotzdem gingen die Seuchen nicht zurück. Gelbes Fieber und Pocken, Cholera und Pest nahmen erst ab, als die Menschheit begann, anstatt der Hexen die Krankheiten selbst zu bekämpfen. Ähnlich verhält es sich mit der internationalen Arbeitslosigkeit. Jener modernsten Krankheit unserer Weltwirtschaft, für die man heute auch die verschiedensten Zauberer und Hexen verantwortlich zu machen sucht. Warum gehen die Geschäfte so schlecht? Warum stoden Produktion und Umsatz? Nun, doch wohl einfach deshalb, weil die Geschäftswelt nicht so viel Waren ablegen kann wie sie verkaufen möchte. Und warum legt die Geschäftswelt nicht so viel Waren ab? Die Antwort ist ebenso einfach wie die erste: weil das Publikum nicht genügend abnimmt. Ja, aber warum kaufen die Leute nicht genug? Nun, weil sie nicht kaufen können. Warum können die Leute das nicht kaufen, was sie wollen? Die Antwort ist wieder so einfach, daß man ihr nicht widersprechen kann: weil es ihnen an Kaufkraft fehlt.

Kaufkraft besteht im Geldebesitz oder im Kredit. Woher stammen Geld und Kredit? Sie fallen doch nicht vom Himmel, noch wachsen sie an Bäumen oder Sträuchern. Bei den meisten Menschen, soweit sie nicht geborene Millionäre sind, fließen sie aus der Arbeit, aus Gehältern und Löhnen, also aus ihrer Tätigkeit. Nun scheinen wir uns aber in einem gefährlichen Kreise zu bewegen. Wir haben festgestellt, daß die Beschäftigungslosigkeit aus mangelndem Absatz, mangelnder Absatz aus ungenügender Kaufkraft und ungenügender Kaufkraft wieder aus ungenügender Beschäftigung entsteht. Arbeitslosigkeit stammt also letzten Endes aus der Arbeitslosigkeit. Eine nette Theorie in der Tat. Aber ein wenig Nachdenken hilft uns aus der Klemme.

Geldbesitz und Wohlstand sind nicht gleichbedeutend. Geld ist nur ein Symbol des Wohlstands. Die Hauptaufgabe des Geldes ist es, als Mittel für den Warentausch zu dienen. Und Wohlstand umfaßt alle jene Dinge, von denen die Leute wünschen, daß man sie ihnen durch Industrie und Handel darbietet. Es gibt so wenig Dinge, die direkt aus der Natur zu den Menschen kommen. Der moderne Weg der Wohlstandsverteilung geht über die Arbeitsleistung des Menschen vor sich. Diese Wohlstandsverteilung ist sogar aufs feinste organisiert. Wenn die Kaufkraft nicht richtig verteilt ist, so brauchen wir uns um die Warentverteilung gar nicht zu bemühen. Dann stockt nämlich die sonst glatt laufende Mechanerie und gerät in Gefahr, vollständig zum Stillstand zu kommen.

Schaffung und richtige Verteilung der Kaufkraft ist ebenso wichtig wie die Erzeugung und Verteilung der Waren selbst. Es gibt nur zwei Wege, durch die man die Kaufkraft schaffen und verteilen kann. Der eine, indem man die Preise so niedrig als möglich hält. Nicht aus dem Konkurrenzzwang heraus — obgleich Konkurrenz im Wirtschaftsleben immer ein wichtiger Faktor ist — sondern des Kaufanreizes wegen. Der andere Weg ist, die Löhne so hoch zu setzen, wie sie für das Unternehmen und die Wirtschaft tragbar sind. Eine solche Lohnpolitik sollte aus einem weiten, selbstverständlichen Interesse von jedem Unternehmer geübt werden.

Man hat in letzter Zeit vielfach die rationalisierte Massenproduktion für die Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht. Die Lösung des Problems liegt aber nicht darin, daß wir zu veralteten, unbrauchbaren und längst überholten Methoden zurückkehren, sondern darin, daß wir zu einer möglichst wirksamen Verteilung der Kaufkraft kommen, die es uns gestattet, die Waren, die wir verkaufen wollen, abzusetzen und es dem Publikum ermöglichen, die Waren zu kaufen, die es kaufen will. Dabei kommt es in starkem Maße auf den Preis an. Es gibt keinen Preis, der niedrig genug ist, die Kaufkraft anzuregen und durch diese Kaufkraftanregung die Produktion zu fördern, so daß kein williger Arbeiter arbeitslos zu sein braucht. Das ist der Preis, den wir herausfinden sollten. Jeder Produzent, wie jeder Geschäftsmann sollte bestrebt sein, zunächst einmal wenigstens einen Artikel so niedrig im Preise herzustellen, daß er verkaufen kann, daß der Konsument ihn bei den heutigen schlechten Zeiten kaufen kann. Und der Konsument könnte auf sein Teil zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beitragen, indem er Einkäufe zu diesem ganz ausgesprochenen Zweck tätigt. Dann brauchen wir nicht auf irgendein Wunder zu warten, sondern können der Arbeitslosigkeit auf den Leib rücken. Ich behaupte, die Arbeitslosigkeit läßt sich bekämpfen wie eine Krankheit. Also auf in den Kampf!

Diese Darlegungen eines erfolgreichen Geschäftsmannes muten einem an wie die Sage von dem Ei des Kolumbus. Dennoch an der Richtigkeit obiger Theorien, daß nur die Stärkung der Kaufkraft die Wirtschaftskrise zu überwinden vermag, wird wohl niemand zweifeln.

Der Führer

Was ist der Führer? — Freund — Berater — bestimmt — zu helfen dir mit Rat und Tat, Wie für die Kinder sorgt ein guter Vater, so hilft er eben deinen Lebenspfad.

Trittst du als Jüngling in das Wirtschaftsleben als Lehrling oder anderer Proletar, so wisse, daß des Führers Streben der Jugend galt schon manches liebe Jahr.

Gar manchen Kampf hat er schon ausgefochten mit Handwerk- und Fabrikdespoten. Den Fortschritt aufzuhalten sie auch nicht vermochten, vorbei die Zeit der Herrscher und Heloten.

Doch Schritt um Schritt wird die Reaktion, nicht einen Bißchen gibt sie freiwillig heraus. Und fehlt es uns an Macht, gelst bitt'rer Hohn zu un'rer Not noch aus der Satten Haus.

Man sucht zu trennen dich von deinem Führer, verleumdet ihn — und fördert dich mit Phrasen. Doch bist du nur alleine der Verlierer, steht du verlassen auf dem abgegrasten Rasen.

Drum halte treu zum Führer, dem erwählten, führ' neue Kämpfer un'rer Sache zu. Bewährst du dich in Kämpfen, ungezählten, kannst führend an der Spitze stehen auch du.

Erwin.

Jugend und Unternehmertum

Die Jugend von heute befindet sich in starker Gärung. Die Jungen Leute von 16 bis 30 Jahren stehen in dieser Zeit dem Staat, dem Wirtschafts- und Gesellschaftsleben wesentlich anders gegenüber als dies bei älteren Generationen in ihrer Jugendblütenblüte der Fall war. Sie stehen teilweise vor einem Nichts; arbeits- und mittellos sehen sie keinen Ausweg aus dem trüben Wirrwarr der gegenwärtigen Zeit. Die Aufstiegsmöglichkeiten, die die blühende und sich ständig erweiternde Vorkriegswirtschaft der bürgerlichen Jugend bot, sind nicht mehr vorhanden. Aus all diesen Gründen wendet sich die Jugend jenen Bänden und Parteien zu, die ihnen einen Ausweg zu zeigen vorgeben. Die deutsche Jugend ist organisatorisch sehr zerstückelt. In Deutschland gibt es etwa 9 Millionen Jugendliche zwischen 14 und 21 Jahren. Davon sind etwa 5 Millionen in den über 100 dem Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände angegliederten Bänden und Verbänden organisiert. Die sozialistisch organisierte Jugend sowie die jugendlichen Mitglieder der Gewerkschaften bilden in der Gesamtorganisation der Jugend immerhin eine beachtliche Minderheit. Psychologisch wird die Jugend durch die veränderten wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse beeinflusst. Hinzu kommt der Altersaufbau der deutschen Bevölkerung. Die Jahrgänge über 30 sind trotz der Verluste im Weltkrieg äußerst stark besetzt. Sie nehmen unter den Erwerbstätigen einen breiteren Raum ein wie dies jemals vorher der Fall war. Die Jugend fühlt sich in diese Verhältnisse eingeklemmt, deshalb macht sich bei ihr der Gedanke breit, daß es einer gewaltigen herbeigeführten Umwälzung bedürfe, um ihr den Lebensraum zu schaffen, auf den sie mit Recht Anspruch zu haben glaubt.

Die Unternehmer haben begriffen, daß die Jugend gegenüber dem Unternehmertum sehr kritisch eingestellt ist. Es ist deshalb der Gedanke aufgetaucht, die Jugend dem Unternehmertum wieder näher zu bringen. Unter dem Motto „Unternehmertum und Jugend“ hat Ende November 1930 bereits eine Tagung in Berlin stattgefunden, die diesen Zwecken dienen sollte. Die Tagung wurde vorbereitet von dem sogenannten „Wirtschaftspolitischen Schulungskreis“. Kürzlich ist eine Schrift herausgegeben unter dem gleichen Titel, die von dem Schulungskreis verlegt und von dem Syndikus des Reichsverbandes der deutschen Industrie Dr. Herle herausgegeben wurde. Diese Schrift enthält einen Bericht über die genannte Tagung und ferner Ausführungen von Vertretern der Unternehmerverbände zu dem erwähnten Thema. Die Tagung sollte den Zweck haben, „der verantwortungsbewußten Jugend den Weg zur Wirtschaftsentwicklung als der Voraussetzung politischer Stellungnahme zu erleichtern“. Angeblich sollen unter den 140 anwesenden Jugendlichen alle politischen Richtungen mit Ausnahme der Kommunisten vertreten gewesen sein. Diese waren allerdings nicht Abgesandte bestimmter Organisationen oder Organisationsrichtungen, sondern man wird sie sich wohlweislich vorher ausgesucht haben. Nicht vertreten war die arbeitende Jugend, auf deren Anwesenheit man anscheinend kein Gewicht gelegt hat.

Nach dem Bericht soll die Jugend von folgenden drei Fragestellungen ausgegangen sein:

a) Führt die jetzige Krise zur fortschreitenden Verelendung der Masse des Volkes und damit zum Untergang des herrschenden individualistischen Wirtschaftssystems?

b) Führen die allmählichen „Strukturwandlungen“, die dieses System erfährt, besonders die Ausdehnung des „gebundenen Wirtschaftssektors“ zur Überwindung dieses Wirtschaftssystems durch ein anderes?

c) Welche Mittel und Wege lassen sich angeben, um der gegenwärtigen Krise Herr zu werden?

Aus dem sorgfältig abgefaßten Bericht ist nicht ersichtlich, in welcher Form diese Fragen von den Jugendlichen vorgetragen und wie sie von den Unternehmern beantwortet wurden. Auf die Frage der Jugend, ob die unternehmerische Wirtschaft überhaupt noch imstande sei, dem deutschen Volke einen befriedigenden Lebensstandard zu erhalten, oder ob es unter diesem System zu weiter fortschreitender Proletarisierung kommen müsse, scheinen die Unternehmer, soweit aus dem Bericht ersichtlich, nur eine unzureichende und sich in den allgemeinen Gedankengängen bewegende Antwort erteilt zu haben. Sie versuchten, die Wirtschaftsbelastung durch Krieg, Niederlagen, Inflation, sowie die staatlichen Zwangseingriffe für die geringe Auswirkung verantwortlich zu machen. „Zur Zeit sei“, so wurde auch bei dieser Gelegenheit betont, „besonders auf den Gebieten des Schlichtungswesens und der Bau- und Wohnungswirtschaft eine Einschränkung der Staatsbefugnisse erforderlich.“ Im allgemeinen waren es alle Kamellen, die man der Jugend aufgetischt hat. U. a. ist behauptet worden, daß die Industrie auf viele Kartelle und Konventionen bereit sei zu verzichten, „wenn der Staat seinerseits auf das Recht verzichte, den Lohn durch Schiedsgericht verbindlich festzusetzen, und damit zu seinem Teil das freie Spiel der Kräfte wiederherstelle.“ Man hat sich auch nicht gekümmert, den Jugendlichen die Worte zu übermitteln, daß die Gewerkschaften seit Jahren die stärkste Rationalisierung gefordert und die relativ hohen Löhne der vergangenen Jahre damit gerechtfertigt hätten, daß sie das Unternehmertum zur Rationalisierung zwingen sollen. Die bürgerlichen Jugendlichen forderten Auskunft über die Stellung der Arbeitnehmer im Betrieb. Sie hätten weitgehend das Bewußtsein, nur Teilarbeiter zu leisten, und die Befürchtung, jederzeit durch andere Menschen ersetzt zu werden. Es gäbe kaum eine Lernmöglichkeit für den jungen Menschen, weil er sich lange Jahre mit der Tätigkeit der speziellen Bearbeitung und des Eindringens in die feinsten Einzelheiten beschäftigen muß, so daß er keine Gelegenheit findet, Führertalente zu entwickeln. Die Unternehmer weisen zur Entschuldigung auf den verengten Lebensraum als die Folge des Krieges hin. Wie man sieht,

haben die Unternehmer der wissensdurstigen jungen Generation nicht viel Neues zu sagen gewußt. Man bewegte sich im alten und bekannten Kreise.

Für den kritischen Leser der angezogenen Schrift sind die folgenden Aufsätze von Unternehmervereinigungen aufschlußreicher. Herr Dr. Lammer trifft ungefähr das Richtige, wenn er nachstehenden Satz niederschreibt: „Grundlegend möchte ich der Meinung Ausdruck geben, daß weniger die wirtschaftliche Funktion des Unternehmertums als dessen geistige Einstellung zu Volk und Staat den Angelpunkt für die Betrachtung seitens der jungen Generation abgibt.“ Und Herr Dr. Lange von der Maschinenindustrie ist folgender Meinung: „Nahezu die gesamte Jugend ist sich einig in der schärfsten Kritik an dem individualistischen Kapitalismus und in der Forderung nach einem mehr oder weniger kollektivistischen Wirtschaftssystem.“ Den Schlüssel zu der Unzufriedenheit mit dem Kapitalismus bzw. dessen Leiter lieferte ebenfalls Herr Lange, wenn er bemerkte: „Der Kapitalismus hat in erster Linie die historische Aufgabe, durch eine ungleich reichere Versorgung mit Gütern als je zuvor einer ständig wachsenden Zahl von Menschen materielle Lebensgrundlagen zu schaffen, wie sie der breiten Masse bisher noch nie gewährt worden waren. Bei der Größe und Schwere dieser Aufgabe ist es nur begreiflich, daß bei der wirtschaftlichen Verfestigung der Produktion die „menschliche“ Bestimmung noch nicht überall gleichen Schritt halten konnte, daß also die Bedürfnisse des „Menschen“ und seiner „Gemeinschaft“ im wirtschaftlichen Leben noch nicht in dem Maße befriedigt werden konnten, das man als Ideal durchaus wünschen möchte.“

Diese hier genannten Aufgaben hat der Kapitalismus noch nicht zu befriedigen vermocht. Und deshalb ist nicht nur die Jugend, sondern auch die Mehrheit der älteren Generation mit ihm unzufrieden. Diese Unzufriedenheit muß sich in erster Linie gegen die Leiter dieses Systems richten. Zumal sich unter diesen Leute befinden, die eine sehr ansehbare Moral ihr eigen nennen. Sowohl die genannte Tagung als die angezogene Schrift vermögen nicht davon zu überzeugen, daß die Jugend dem Unternehmertum näher gebracht wurde. Nach wie vor ist es in weiten Kreisen der Jugendlichen der lebendige Gedanke, daß das jetzige Unternehmertum nicht nur überaltert, sondern auch, sowohl in seinen Anschauungen wie in seinen Methoden, überlebt ist. Deshalb macht sich der stürmische Drang nach Mitbestimmung und Mitbestimmung bei der bürgerlichen Jugend bemerkbar. Die arbeitende Jugend hat noch weniger Vertrauen sowohl in das System wie in seine Leiter. Und deshalb die teilweise Verzerrungen in radikale Bünde und Organisationen. Es muß unsere Aufgabe sein, die Jugend dazu anzuhalten, die Grundlagen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens durch eigenes Studium und scharfes Beobachten kennenzulernen. Dann wird die so beeinflusste Jugend zur Überzeugung gelangen, daß die kapitalistischen Unternehmer keine unbedingte gesellschaftliche Notwendigkeit sind, sondern die Menschheit, auf kollektivistischer Basis organisiert, auch ohne diese Diktatoren der Wirtschaft glücklich sein kann.

Jugend und Radikalismus

Die Gründe für die unbestreitbare Tatsache, daß in den letzten Jahren junge Arbeiter in großer Zahl zu den Nazis gelaufen sind, die eigentlich in die Jugendkategorien der freien Gewerkschaften und in die übrigen sozialistischen Jugendverbände gehören, sind bekannt: Arbeitslosigkeit und Verelendung der Jungarbeiter, politische Unkenntnis, Demagogie der Nazis, Schwächung der Arbeiterbewegung durch ihre Zerissenheit, Enttäuschung über ihre relativ langsamen und geringen Fortschritte vom Standpunkt der Jugendlichen aus, zwangsläufig unpopuläre Notwendigkeiten der Politik der größten Arbeiterpartei, um nur die wichtigsten Gründe zu nennen.

Die beiden letzten Gründe haben wohl besondere Bedeutung dafür, daß es in der Hauptsache Jugend ist, die den Anschluß an die nationalsozialistischen Phrasenreue gesucht und gefunden hat. Und das ist auch durchaus verständlich und an sich ein natürlicher Vorgang, und es wäre politisch und psychologisch falsch, jene Jugendlichen als radikalisiert und radikalisiert schlechthin abzutun. Ihre Art ist durchaus jugendgemäß, und es kommt eben darauf an, solche jugendliche „Radikalität“ und solchen jugendlichen „Radikalismus“ in die rechten Bahnen zu lenken, ihnen ein vernünftiges Betätigungsfeld zu geben.

Geunde Jugend will sich begeistern, will vorwärtsstürmen, will unmittelbaren Kampf mit dem Gegner. Jugend will die Dinge schwarzweiß sehen und das Schwarze als direktes Angriffsziel. Die Gefahr ist ihr dabei nur ein Anreiz. Das alles ist gesund und natürlich, weil es jugendgemäß ist und der diesbezüglichen Entwicklungsstufe jedes normalen Menschen entspricht.

Die Vorkriegsjugend der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie hatte die Möglichkeit, sich in diesem Sinne zu betätigen, ohne weiteres. Sie war immer begeistert dabei, wenn es galt, dem konservativen Krauter und dem staatlichen Verbot zum Trotz sich zu organisieren und andere Arbeitskollegen für die Organisation zu werben, verbotene Flugblätter zu verteilen, der reaktionären Schukmannschaft und Gendarmen ein Schnippen zu schlagen, an verbotenen und gefährlichen Demonstrationen teilzunehmen, allen Gefahren zum Trotz unermüdet gegen Wirtschaftssystem und Staatsform den Kampf zu führen. Sie hatte hier ihren deutlich sichtbaren Gegner vor sich, dem sie unmittelbar zuleibe gehen konnte. Sie war ungehindert durch staatspolitische Notwendigkeiten im Anturum gegen die Monarchie, war Tarifverträgen und Schiedssprüchen im wirtschaftlichen Kampf nicht unterworfen.

Heute liegen die Dinge bedeutend schwieriger. Die Republik wurde erkämpft von jener Generation, die für diesen Kampf ihre ganze Kraft eingesetzt hat. Für diese Generation bedeutet das Erreichte viel, trotz der traurigen Wirklichkeit von heute. Und die Jugend? Sie sieht nur diese traurige Wirklichkeit. Und für die kann sie sich wirklich nicht begeistern. Das kann man ihr auch nicht verdenken, denn diese Wirklichkeit läßt ihre Arbeitskraft brachliegen oder bezahlt sie mit Hungerlöhnen. Sie hat zwar politische und wirtschaftliche Rechte, die ihre Väter nicht gehabt haben; aber sie kann nicht Vergleiche anstellen mit einer Zeit, die sie selbst nicht erlebt hat. Es ist ja auch gar nicht ihre Aufgabe, sich von rüdwärts her zu orientieren, sondern von dem gesellschaftlichen Sein, den Gegebenheiten von heute aus.

Von diesem traurigen Heute geht die Jugend gern mit einem Sprung zu einem glücklichen Nebemorgen in ein Reich der Wünsche, immer und immer wieder. Und dieses Springen können ist gut für sie; denn hier kann sie Gegenwart und Zukunft schwarzweiß malen. Hier kann sie gedanklich entschieden sein. Von hier holt sie sich aber auch ihre Zielstrebigkeit. Von hier erhält sie immer wieder neue Impulse, das Heute nach einer bestimmten Richtung hin zu ändern. Und da muß die entscheidende Erziehungsarbeit einleiten; denn hier ist die Umbruchstelle, die unsere Jugendarbeit grundsätzlich untercheidet von der nur negativen Opposition der radikalen Jugendverbände von rechts und links.

Jenes Reich der Freiheit läßt sich nur erreichen durch eine starke und mächtige Organisation, der jeder einzelne auch in Zeiten der Stagnation der Bewegung die Treue hält. Dem ersehnten Ziel kommt man nur näher durch unermüdete zähe Kleinarbeit, indem man dem Gegner — um ein militärisches Bild zu gebrauchen — im Stellungskrieg, in dem wir uns nun einmal befinden, durch langames Vordringen einen Stützpunkt nach dem anderen abringt, bis es wieder zu einem Sturmangriff kommen kann. Für dieses Eindringen in die gegnerischen Positionen, die innerhalb der Gesellschaft heute eben noch vom Feind besetzt sind, bedarf es einer genauen Kenntnis des Kampfgebietes von Staat, Wirtschaft und aller übrigen gesellschaftlichen Institutionen. Und hier erhält all unsere Bildungsarbeit ihren kämpferischen Sinn.

Arbeitsdienstpflicht

Es gibt auch in Deutschland Volksteile, die glauben, daß durch die Einführung des Arbeitsdienstzwanges vieles gebessert werden könnte. Es wird auf das Beispiel Bulgariens verwiesen. In Bulgarien soll die Arbeitsdienstpflicht günstige Wirkungen für das öffentliche und wirtschaftliche Leben gehabt haben. In Deutschland könnte, so behauptet man, die große Not der Arbeitslosigkeit durch Einführung der Arbeitsdienstpflicht bedeutend gemildert, vielleicht beseitigt werden. Da die umfangreiche Arbeitslosigkeit von allen Uebeln der Gegenwart das größte ist, mußte die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse unterfragen, ob die Arbeitsdienstpflicht die Verhältnisse bessern kann. Die Internationale des Personals in öffentlichen Diensten und Betrieben hat sich durch den Internationalen Gewerkschaftsbund an die bulgarischen Gewerkschaften gewandt, um von ihnen zu hören, welche Erfahrungen mit der Arbeitsdienstpflicht gemacht worden sind.

Bulgarien ist noch nicht halb so dicht bevölkert als Deutschland. Die öffentlichen Verkehrsmittel, so hauptsächlich Straßenbahn und Eisenbahn, sind in Bulgarien wenig entwickelt. In Bulgarien besteht noch aus der Zeit der feudalen Grundherrschaft für sämtliche Staatsangehörige die Straßenbaupflicht. Wer sich nicht von dieser öffentlichen Verpflichtung, fünf Tage lang im Jahre am Straßenbau zu arbeiten, loskaufen kann, mußte also schon stets eine Art Arbeitsdienstpflicht erfüllen. Neben diesem alten Arbeitszwang gibt es seit 1920 die „regelmäßige“ Arbeitspflicht und das Arbeitsdienstjahr. Schon im Jahre 1921 wurde die Arbeitsdienstpflicht für die zwanzigjährigen Männer auf acht Monate herabgesetzt. Für die arbeitspflichtigen sechzehnjährigen Mädchen, die anfangs sechs Monate dienen sollten, wurde zu gleicher Zeit die Arbeitspflicht auf vier Monate verringert. Die Arbeitspflicht der Mädchen ist in kaum nennenswertem Umfange erfüllt worden. Es konnten nicht die Schwierigkeiten überwunden werden, die Mädchen unterzubringen und zu beschäftigen. Im Jahre 1922 wurden von 39 000 weiblichen Arbeitspflichtigen nur 300 eingezogen. Die Arbeitspflicht beschränkt sich in Wirklichkeit auf die männliche Jugend. Es ist bisher auch von der männlichen Jugend nur ein Teil zur Ableistung der Arbeitsdienstpflicht eingezogen worden. Anfangs war beabsichtigt, jährlich 45 000 bis 50 000 Jugendliche einzuziehen. In den letzten drei Jahren wurden durchschnittlich knapp 17 000 Arbeitspflichtige ausgehoben. Die Ueberzähligen können jederzeit einberufen werden. Die nur zunächst ruhende Arbeitsdienstpflicht erschwert es den jungen Leuten natürlich sehr, in der Wirtschaftsarbeit eine dauernde Stellung zu erhalten.

Die Heeresstärke ist in Bulgarien durch den Friedensvertrag von Neuilly auf 20 000 Mann beschränkt worden. Es müssen Freiwillige angeworben werden. Von den nicht freiwillig beim Militär Dienenden erhebt die bulgarische Regierung eine Militärsteuer. Wer das Arbeitsdienstjahr abdiene, muß danach noch ein Jahr zum Militär gehen oder die Militärsteuer bezahlen. Umgekehrt braucht der, der beim Militär gedient hat, kein Arbeitsdienstjahr mehr abzuleisten. Der Militärdienst soll möglichst dem Arbeitsdienst vorgezogen werden. Es ist möglich, sich sowohl vom Militärdienst als auch vom Arbeitsdienst durch Steuern loszukaufen. Viele junge Bulgaren ziehen es vor, für beide Arten von Dienstpflichten die gleichzeitigen Vorgesetzten loszugesellen zu zahlen. Auch ärmere Leute befreien sich von den beruflich hemmenden Dienstpflichten, wenn sie es erlangen können. Von der dienstpflchtigen städtischen Bevölkerung kauft sich mehr als die Hälfte los.

Die einberufenen Arbeitsdienstpflichtigen erhalten keine Löhnung, sondern nur Kleidung, Verpflegung und Unterkunft. Die Kosten, die der Arbeitsdienst verursacht, trägt der bulgarische Staat. Der Gewerkschaftsbericht aus Bulgarien stellt den Arbeitsdienst in kein schönes Licht: „Die Jugendlichen arbeiten unter äußerst schweren Bedingungen. Sie werden von den Vorgesetzten grob behandelt, und sie werden mangelhaft ernährt und bekleidet. Dies bestätigte die Direktion für Arbeitspflicht selbst in einem Bericht, in dem gesagt wurde, daß ein großer Teil der Arbeitspflichtigen barfuß und ungenügend gekleidet arbeiten müsse. Einige Arbeitspflichtige haben sich selbst Schuhe, Kleider und Schlafdecken gekauft. Die Jugendlichen werden untrüglichen Anstrengungen ausgesetzt. Sie werden fast militärisch streng gehalten. Vor Eintritt der Beschäftigung müssen sie fast dieselben militärischen Übungen machen, wie die Soldaten. Die Arbeitszeit beträgt acht Stunden, wobei der Weg zur Arbeitsstätte und zurück nicht mitgerechnet wird. Diese Wege sind oft mehrere Kilometer lang. Alle Erd- und Steinbrucharbeiten werden mit der Hand verrichtet. Dabei werden so hohe Arbeitsleistungen verlangt, wie sie geübte freie Arbeiter nicht leisten können. Wer das vorgeschriebene Arbeitsmaß nicht zur festgelegten Zeit erfüllt, muß nacharbeiten.“

In dem Gewerkschaftsbericht wird darüber geklagt, daß die Arbeitsdienstpflichtigen außer zu Wegebau-, Entwässerungs- und Kultivierungsarbeiten, die sonst doch nicht leicht unternommen werden, auch zu industriellen Arbeiten herangezogen würden. Das vermehre die Arbeitslosigkeit. Die Direktion für Arbeitspflicht besitze eine Ziegelei, eine Holzbearbeitungsfabrik mit Tischlerei, eine Schuhfabrik und eine Konfektionswerkstätte. Es seien schon viele Erdarbeiter, Wasserbauarbeiter, Bauarbeiter usw. durch die Einrichtung des Arbeitsjahres arbeitslos geworden. Im Jahre 1929 wurden 615 Kilometer neue Straßen gebaut, 240 Kilometer Straßen ausgebessert, weiter 51 Brücken neu gebaut und 24 Brücken ausgebessert, Wasserleitungen wurden 106 neugebaut und 42 ausgebessert. Im Eisenbahnbau, in der Land- und Forstwirtschaft, im Brunnenbau, auf den Flugplätzen und neuerdings auch in der Elektrizitätswirtschaft — überall finden die Arbeitsjungen die Arbeitsdienstpflichtigen vor. Die Staatsämter greifen bei außer-gewöhnlichen Arbeiten einfach auf das freiwillige Arbeitsheer zurück, statt zu bezahlende arbeitslose Kräfte zu suchen. Die Arbeitslosigkeit ist auch in Bulgarien groß. Das Arbeitsdienstjahr verschlimmert das Uebel bedeutend.

Das Gesetz über die „regelmäßige“ Arbeitsdienstpflicht zwingt die bulgarischen Staatsangehörigen im Alter von 20 bis 40 Jahren jedes Jahr 6 bis 10 Tage entgeltlos zu arbeiten. Diese Einberufung erfolgt von den Gemeinden. Wenn die Gemeinden die entstehenden Kosten nicht decken können, können sie vom Staat Beihilfen erhalten. Die Mittelstandschichten haben sich in den letzten Jahren gegen die Einrichtung der „regelmäßigen“ Arbeitspflicht aufgelehnt, weil sie sich dadurch schwer geschädigt fühlen. Diese Einrichtung hat fast ganz ihre Bedeutung verloren. Der Kernpunkt der Arbeitsdienstpflicht ist das Arbeitsjahr. Die bulgarischen Gewerkschaften verlangen, daß ihnen die Arbeit ebenso wenig von den Arbeitsdienstpflichtigen weggenommen werden dürfe wie den Gewerbetreibenden. Es müsse nicht nur der „regelmäßige“ Arbeitszwang beseitigt werden, sondern auch das freiwillige Arbeitsdienstjahr.

S. 6.

Jedes rührige Verbandsmitglied

sichert sich durch Bestellung bei seiner Zahlstellenleitung oder direkt beim Verbandsvorsitzenden

Verbands-Taschenkalender 1932

Preis 50 Pfg.